Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Recht der Arbeit" inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6944) pro Vierteljahr M. 2.25. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, Vh. II.
Sprechstunde
nur Montags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1709.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden für 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrmaliger Sonstiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen am Sprechtag bis 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftsstelle von morgens 8 bis abends halb 6 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1709.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 56. | Dresden, Montag den 9. März 1903. | 14. Jahrg.

Prozent-Patrioten.

Der Militarismus sitzt auf der Anklagebank, wenn der Militäretat im Reichstage verhandelt wird. Der Militarismus — das ist nicht nur eine Bezeichnung des bestehenden Militärsystems, sondern das Wort bezeichnet auch den Geist, die Sitten und Gewohnheiten, die der Einfluß dieses Militärsystems auf das gesamte Leben unseres Volkes gewonnen hat. Es ist der Geist der Ueberhebung, der Ausschließlichkeit, der Feindschaft gegen die Emporentwickelung des Volkes, der den „Militarismus" ausmacht. Wie ein furchtbarer Alb lastet das Militärsystem auf dem Volke: Hunderttausende rüstiger Arme müssen feiern, um das Handwerk der Menschenmetzelung kunstgerecht zu erlernen. Millionen und Abermillionen müssen dem Moloch jahraus jahrein geopfert werden.

Während alle Kulturaufgaben notleiden, geht ein bedeutender Teil der produktiven Kräfte und ihrer Erzeugnisse immer wieder verloren: es ist als ob man in ein Sieb Wasser schöpfen wollte! Unser Volk — wie jedes andere Kulturvolk auf der Stufe der kapitalistischen Wirtschaft — kann nicht gedeihen und wird immer etwas wie eine schleichende und tückische Krankheit in seinen Adern haben, solange diese fürchterlichen Zustände nicht gebessert worden sind. Diese Besserung aber kann nur durch die politische Arbeit des national und international organisierten Proletariats geschaffen werden. Denn die besitzenden Klassen sehen ja gerade ihre Interessen am besten durch den Militarismus gewahrt. Bietet ihnen einmal das stehende Heer die Möglichkeit, das Volk der Arbeit niederzukartätschen und niederzusäbeln, wenn es sich gewaltsam emporen wollte — eine Möglichkeit, die von der deutschen Sozialdemokratie übrigens abgelehnt wird, da sie ihre Ziele auf anderem Wege zu erreichen strebt —, so bietet es ihnen auf der anderen Seite noch dazu die wertvollsten Privilegien. Die Offiziersstellen, eine gute Versorgung, sind den Herrschenden vorbehalten; für die Pensionierten wird durch Staat und Gemeinde gesorgt; die aktive Dienstzeit ist für die Wohlhabenden kürzer als für die Armen; der Reserveoffiziersrang sichert gesellschaftliche Vorteile und garantiert eine rasche Karriere in allen öffentlichen Aemtern. Kurzum: den Adeligen und den hinlänglich zahlungsfähigen Bürgerlichen müssen alle Dinge beim Militär zum besten dienen. Denn auch die Kosten der ganzen Institution lasten zum weitaus größten Teil auf den armen Volksschichten: mag der Arbeiter, der Kleinbauer, der Handwerker, der kleine Händler in der Stadt und auf dem Lande unter den persönlichen und finanziellen Lasten des Militärstaates zusammenbrechen — was kümmert das die „Patrioten", die den Mund nicht weit genug aufreißen können, wenn sie beim Kaisergeburtstagsmahl oder bei der Sedanfeier in alkoholischer Begeisterung die „Errungenschaften" preisen.

Indessen: die privilegierten Klassen leiden auch am Militarismus. Wenn sie es auch nicht wissen und nicht eingestehen wollen. Er korrumpiert sie nämlich mehr und mehr. Und diese Korruption bereitet das Ende der feudal-bürgerlichen Klassenherrschaft mit unfehlbarer Sicherheit vor. Die Gesinnungslumperei, die elende Streberei in den Kreisen der für den Reserveoffizierstitel schwärmenden Bourgeoisjugend könnte Entsetzen erregen, wenn wir sie nicht als ein Zeichen des deutlichen Verfalls der Klassenherrschaft erkennten. Die Schneidigkeit, die „Patenz" des äußeren Auftretens kann nicht über die innere Hohlheit und Verderbtheit dieser Kreise hinwegtäuschen: innerlich ist dort alles faul und verrottet.

Aber nicht dort allein. Auch an anderen Stellen machen sich die Zeichen der Zersetzung bemerkbar. Wir erinnern an die allgemeine Ueberraschung, die der Aufdeckung jener schamlosen Auswucherungspolitik der Stumm, Krupp und Konsorten folgte! Das wußte man zwar lange, daß skrupellose Kapitalisten immer und immer wieder versuchten, das große Goldfaß des Militarismus anzubohren, um ein Bächlein in ihre Taschen zu leiten; aber man war doch erstaunt über die, im Grunde doch ungeheuer einfache Organisation, in die einige Industriemagnaten dieses Raubsystem gebracht hatten. In Kriegszeiten beträgt durchschnittlich jeder Armeelieferant; die Augen würden dem Volke übergehen, wenn es wüßte, wie ruppig es bei solchen Gelegenheiten ausgeplündert wird! Nicht nur in Rußland, der Türkei, in Frankreich, England und Spanien passieren solcherlei Dinge, sondern überall wird gesündigt. Wäre nur erst einmal die Geheimgeschichte der Liebesspenden und Lieferungen in den Jahren 1870 auf 1871 geschrieben! Aber Kriegszeiten sind eben, so könnte man einwenden, Ausnahmezeiten. Im Frieden sind die Dinge doch anders. Da kann doch nichts passieren. Freilich, in den Akten, auf dem Papiere mag alles ordnungsgemäß hergehen: der Rechnungshof in Potsdam prüft jede Rechnung und jeden Beleg, und wehe, wenn das nicht auf Heller und Pfennig stimmt! Aber verliert der Panzerplattenskandal etwas an seiner Bedeutung, weil auf dem Papiere und in den Büchern alles geklappt hat? Ist das „Geschäft des Grafen Dohna" deshalb weniger bedenklich, weil man überzeugt sein darf, daß der preußische Kriegsminister ein ehrlicher Mann ist und keine Trinkgelder nimmt? Nicht im mindesten! Das ganze System ist baufällig. Das beweist sonnenklar wieder jener von der Kölnischen Volkszeitung an das Licht der Oeffentlichkeit gezerrte Fall von „Prozent-Patriotismus", den wir am Sonnabend schon kurz zitiert haben: wir meinen jene Abmachung der deutschen Grobblech-Walzwerke, wonach auf eine Lieferung für die kaiserliche Werft in Kiel 30 Mark Aufschlag pro Tonne genommen wurde, um sie unter die Werke zu verteilen, die nicht lieferten!

Wie bei den Panzerplatten und dem Grobblech, so ist es oder war es auch bei den Pulverlieferungen. In anderer Weise bei den Grundstückstransaktionen für das Militär, bei dem Bau von Kasernen usw. usw. Tausend Gelegenheiten giebt es für die „Prozent-Patrioten", sich über ihren sogenannten legalen Profit hinaus auf Kosten des Volkes durch mehr oder weniger verschleierte Gaunerei zu bereichern. Haben diese Hyänen des militärischen Kapitalismus oder des kapitalistischen Militarismus aber ihr Schäfchen geschoren, dann fällt es ihnen leicht, mit dem sonoren Brustton felsenfester Ueberzeugung gegen den Umsturz und die „vaterlandslose rote Rotte" zu eifern. Nur Habenichtse sind bescheiden!

Politische Uebersicht.

Präsidenten-Nervosität.

Bei der Beratung des Justizetats kam es zwischen unserem Genossen Abgeordneten Wolfgang Heine und dem Vizepräsidenten des Reichstages Grafen von Stolberg zu einem Zwischenfall, der sich im Bericht höchst amüsant ausnimmt. Heine hatte gesagt, daß der preußische Minister falsch informiert gewesen sei, als er im Junkerparlament Polizeibeamte gegen den Vorwurf der Brutalität und des Amtsmißbrauchs in verschiedenen Fällen zu verteidigen suchte; auf Grund dieser falschen Informationen habe er die Unwahrheit gesagt.

Nach einigen Sekunden des Zögerns unterbrach der Nachfolger des famosen Herrn von Frege unseren Redner mit der Bemerkung, er (der Präsident) habe angenommen, Heine werfe dem Minister nur die Aeußerung einer objektiven Unwahrheit vor. Unser Redner bestätigte die Richtigkeit dieser Annahme und bat dann den Präsidenten, ihn doch nicht zu unterbrechen, nur um die Uebereinstimmung der Anschauungen festzustellen, worauf dann der ungeschickte Vorsitzende eine unziemliche Entrüstungsszene begann und sich im polternden Tone die Kritik seiner Maßnahmen mit dem Hinweise verbat, er könne den Redner unterbrechen, wann er wolle.

Heine ignorierte diesen Ausbruch präsidialer Nervosität und behandelte sein Thema ruhig und sachlich weiter. Es ist aber an der Zeit, daß gegen die Gepflogenheiten des Vizepräsidenten Grafen Stolberg einmal Protest eingelegt wird. In der letzten Zeit mehren sich überhaupt die Unterbrechungen der Reichstagsredner durch die amtierenden Vorsitzenden in einer Weise, die bedenklich zu werden beginnt. Nachklänge aus der Zolldebatte! Das muß nun aber endlich wieder anders werden. Die Präsidenten haben über den ordnungsgemäßen Gang der Verhandlungen zu wachen und die Geschäfte des Parlaments nach Möglichkeit zu fördern. Aber sie sind keine Zensoren und keine Gouvernanten! Das Bestreben, die Form der Reden mit den parlamentarischen Gepflogenheiten in Einklang zu halten, darf nicht dazu ausarten, dem Aussprechen notwendiger Wahrheiten Schwierigkeiten zu bereiten. Der vom Grafen Stolberg aufgestellte Grundsatz, man dürfe einem Minister nicht vorwerfen, er habe die Unwahrheit gesagt, ist in dieser Allgemeinheit einfach nicht haltbar. Im Gegenteil: wenn ein Minister die Unwahrheit sagt — bewußt oder unbewußt — dann ist gerade das Parlament die Stätte, wo man mit ihm abrechnen muß; hat er gelogen, dann muß ihm das auch vor dem ganzen Volke gesagt werden. Soll die ehrliche Kritik der altjungferlichen Zimperlichkeit und der präsidialen Nervosität zum Opfer fallen, dann sinkt die Immunität der Abgeordneten zur lächerlichen Farce herab.

Auch das Einschreiten des Präsidenten Grafen v. Ballestrem gegen unseren Genossen Kunert am Sonnabend giebt uns zu einigen Bemerkungen Anlaß. Kunert kam im Verlaufe seiner Ausführungen, die unsere Leser im Reichstagsberichte finden, auch auf die Manöver zu sprechen und sagte:

Ich erinnere an das Umgehungsmanöver 1808. Das eine Armeekorps befehligte der Kaiser, das andere stand auf der anderen

---

[Nachdruck verboten.] [23. Fortsetzung.]

Ratsmädelgeschichten.

Altweimarische Geschichten

von

Helene Böhlau.

All diese Gestalten, von denen ich euch hier sprach, sind der Ausdruck eines so überaus reichen, lebendigen Lebens, der Ausdruck einer Seele, die durch Schweres ging, die Schweres kannte und fühlte, die aber im tiefsten Grunde glückselig und dankbar ist, denn ihr wurde das höchste Glück zu teil, den Menschen zu finden, der sie ganz verstand, der in seiner großen Geistesreife und seinem Können und tiefen Wissen und seiner Güte hilfreich zu ihr stand, der aus einer wunderbaren Fülle sie belehrte, dem sie alles dankt — auch alles Glück auf Erden, Freund, Lehrer, Gemahl zugleich — und jede Stunde segnet sie, die sie beisammen sind.

Wie ist es mir aber in den Sinn gekommen bei so glücklichem Leben, mich mit solchem Volk zu befassen?

Ich begreife es heut noch nicht.

Die Arbeit allein, die Mühe, die Not, die Sorgen, ehe solch ein Kauz sich präsentieren kann, hätte mich abschrecken sollen, — denn ich war so faul, so wundervoll faul!

Noch denke ich mit einiger Sehnsucht daran zurück, denn sie war charaktervoll diese Faulheit — sie war etwas! — Da gab es nichts auf Erden, was mich hätte zu irgend einem Fleiß anspornen können.

Als ich mit dem ersten Verslein im Fibelbuch geplagt werden sollte, sagte ich einsichtsvoll: „Dazu bin ich noch viel zu klein," und blieb bei dieser Meinung und lernte keine Verse wie andere brave Kinder.

Ich kam in eins jener fürchterlichen Institute, in denen Kindern während ein paar Vormittagsstunden das Spielen gelehrt wird, auf Kommando in Reih und Glied; ich sollte alles genießen, was die Zeit einem jungen Menschlein bietet. Aber diese ernste Spielmaschine erschien mir abschreckend; ich empfand eine Scheu vor den schon abgerichteten Kindern, die verstanden, sehr unnötige Lieder zu singen, die es verstanden, im Takte in die Hände zu klopfen und mit den Füßen zu strampfen, die wegen ganz unsinniger Dinge gelobt und getadelt wurden. Das alles geschah in einem dämmerigen, staubigen Raum, es war mir, als würden da schreckliche Dinge getrieben.

Ich schrie und jammerte, die Güte der Spiellehrerinnen, die mich beruhigen wollten, machte mir einen verdächtigen Eindruck. Sie drückten mir eine Puppe in die Arme, eine fremde, mir sehr widerliche Puppe in einem Ballkleid mit einer schwarzen Porzellanfrisur, eine Puppe, wie ich sie mir nicht dümmer vorstellen konnte.

Ich legte dieses Geschöpf sehr verächtlich auf die Erde und sagte: daß man nur Kinder tragen könne, keine großen Leute, die Puppe wäre eine alte Frau.

Da lachten die Lehrerinnen und verlangten, ich solle in einen Kreis treten, den die Spielschüler bildeten, und solle so thun, als grübe ich im Sande und pflanzte eine Blume, dann solle ich mich anstellen, als nähme ich einen Rechen, damit der Sand wieder geglättet werden könnte. Die Kinder würden, während sie ein Liedchen sängen, dies alles ausführen, ich hätte es nur nachzumachen.

Ich stand im Kreis, war aber zornig und außer mir, die Kinder erschienen mir immer unheimlicher, das ganze Thun immer sinnloser, die Stube immer düsterer; da sah ich eine Thür offen, lief schreiend hinaus, die Treppe hinab, hinter mir her die Lehrerin; ich war aber flinker.

Mit aller Liebe, allen Bitten, allen Versprechungen brachte niemand es dahin, mich zu einem zweiten Besuch dieses unheimlichen Instituts zu bewegen.

Es fand sich wohl auch, daß es ohne dieses ginge, ich war ein zufriedenes Kind, kannte keine Langeweile, steckte mit meinen zwei Schwestern den ganzen Tag in unserem hübschen Garten, hatte meine wundervolle dunkle Ecke unter einem Holundergebüsch, in die verkroch ich mich, und stundenlang harrte ich dort. Ich erinnere mich, daß es mir da unbeschreiblich wohl war. Ich bildete mir auf meine eigene Faust ein, irgend ein Tier zu sein, ein Vogel oder ein Hase, ein Löwe oder irgend etwas, und in dieser Vorstellung verging mir die Zeit aufs angenehmste.

Ich kam in die Schule, und man sagte mir vorher, daß es unmöglich sein würde, aus der Schule auszureißen. Das war mir schrecklich zu hören.

„Das mag etwas Schönes sein!" dachte ich mir. Der Kindergarten lebte mir in düsterster Erinnerung. Und ich kam in die Schule. Der Lehrer verkündete mir, daß ich ihn „Sie" zu nennen hätte.

Ich hatte noch niemand „Sie" genannt. Ich grübelte nach, weshalb ich dies thun sollte, und vergaß es darüber; ich konnte mich auch in die Schule nicht hineinfinden.

Das Lernen fiel mir schwer, es interessierte mich auch nicht im geringsten. Die Naturgeschichte, oder wie sie in den untersten Klassen benannt wurde, der „Anschauungsunterricht", machte mir Spaß, da war ich dabei.

Das war aber auch das einzigste, das allereinzigste.

Die biblische Geschichte gefiel mir zwar. Ich liebte es, wenn der Lehrer erzählte; wenn dieselbe Geschichte aber ihren Weg durch die Klasse nahm, überkam mich eine jämmerliche Langeweile, ich hätte weinen mögen. Da kam ich auf einen glücklichen Gedanken: ich stellte mir vor, in unserem Garten in meiner grünen dunklen Ecke zu sitzen, statt auf der Schulbank, stellte mir weiter vor, ein Hase zu sein, der im Grünen in seinem Neste hockt, die Ohren anlegt und in die blaue Luft blinzelt; wenn nun das Erzählen an den Hasen kam, wußte er natürlich nichts, wie es auch einem guten Hasen zukommt, und das erwies sich als sehr übel für seinen Ruf. Es geschahen auch wunderliche Dinge, der arme Hase sollte sagen, aus was der Mensch besteht — und blieb die Antwort schuldig. Da hoben sich die Fingerchen so frech und keck um ihn her in die Höh', ein ganzes Feld, und nickten und schnickten, und die Bravste sagte im schulgemäßen Ton: „Aus Leib und Seele."

„Aus Leib und Seele," mußte ich wiederholen und setzte hinzu: „aber die Wasserniren haben keine Seelen," da lachten alle, und der Lehrer verwies mir solch dummes Zeug.

„Was in Märchenbüchern steht," sagte er, „ist immer unwahr."

Ich aber steckte voller Fragen und hätte gern mit dem Lehrer eine längere Unterhaltung angeknüpft. Ich wollte wissen, was die Seele ist, wollte erfahren, woher man weiß, daß man eine hat, wollte wissen, weshalb die Märchengeschichten unwahr und die biblischen wahr sind.

„Was ist denn mit der Seele?" frug ich meine Nachbarin.

„Na, was denn?" frug diese von oben herab. „Wer freilich so dumm ist, wie du, hat keine."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19030309/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Seite der Weser. Der Kaiser ließ zwei Brücken über den Fluß schlagen, der Uebergang dauerte . . .

Präsident Graf **Ballestrem:** Herr Abgeordneter, ich kann nicht zugeben, daß Sie eine **militärische Anordnung des Kaisers hier kritisieren,** das entzieht sich Ihrer Kritik. (Bravo! rechts.)

Abg. **Kunert** (Soz.): **Ich habe bisher kein Wort der Kritik an** Maßnahmen des Kaisers geübt.

Präsident Graf **Ballestrem:** Sie haben aber die **Absicht, das** zu thun und überhaupt — Sie dürfen solche Maßnahmen nicht in den Bereich Ihrer Ausführungen ziehen, das geht nicht, das führt zu weit.

Abg. **Kunert** (Soz.): Ich ging von der Anschauung aus, daß die Manöver häufig ihrem ernsten Charakter, auf den Krieg vorzubereiten, nicht entsprechen; das vermag ich natürlich nur zu beweisen . . .

Präsident Graf **Ballestrem:** Sie dürfen Seine Majestät den Kaiser bei dieser Gelegenheit nicht in die Debatte ziehen.

Abg. **Kunert:** Ich will bemüht sein, das, soweit es angängig ist, zu thun.

Präsident Graf **Ballestrem: Wenn ich es anordne, dann ist es angängig.** (Heiterkeit.)

Abg. **Kunert:** Der Sache wegen werde ich mich bescheiden.

Hier produzierte sich der Präsident Graf Ballestrem als — Gedankenleser! In der Geschäftsordnung des Reichstags findet sich dafür keinerlei Anweisung. Man wird also erwarten dürfen, daß diese schätzenswerte Fertigkeit auf dem Präsidentensitz des deutschen Reichstags nicht weiter ausgebildet wird; und man wird ferner die Hoffnung hegen dürfen, daß auch Graf Ballestrem oder sein Nachfolger einmal einsehen lernt: an der Manöverthätigkeit der Armee kann ohne Erwähnung des Kaisers keine Kritik geübt werden. Auch wenn das nicht im Reichsanzeiger steht! Wenn ein Präsident höfische Rücksichten höher stellen zu müssen glaubt als das wichtige Recht ausgiebiger parlamentarischer Kritik, dann qualifiziert er sich nicht zu seinem Amte.

Von „Segen" hoher Getreidepreise.

In der letzten Nummer der Nation veröffentlicht J. Goldstein Auszüge aus seinem Werke: Bevölkerungsprobleme und Berufsgliederung in Frankreich, aus denen hervorgeht, daß der Getreidekonsum in hohem Maße vom Getreidepreise abhängig ist. Lehrreich ist folgende Gegenüberstellung aus England:

Preise für Imperial Quarter	Durchschnittlicher Weizenkonsum auf 1000 Personen der Bevölkerung in Imperial Quarters
Von 23,0 bis 29,3 Schilling	749
„ 29,4 „ 35,6 „	744
„ 35,7 „ 41,9 „	717
„ 42,0 „ 48,2 „	717
„ 48,3 „ 54,6 „	678

Daß ein hoher Getreidezoll eine Verminderung des Brotkonsums bewirkt, zeigt eine Gegenüberstellung des Verbrauchs in Frankreich und England. In diesem Lande herrscht bekanntlich Zollfreiheit; in Frankreich beträgt der Weizenzoll seit 1894 50 Prozent vom Werte, kommt aber nur teilweise zur Geltung, weil der Bedarf fast ausschließlich durch den eigenen Anbau und die Einfuhr aus den zollbegünstigten Schutzgebieten gedeckt wird. Trotzdem zeigen sich gewaltige Unterschiede. In Frankreich betrug der Weizenkonsum auf den Kopf der Bevölkerung:

Im Jahresdurchschn.		
1862—1871	2,20	Hektoliter
1872—1881	2,50	„
1882—1885	2,85	„
1886—1890	2,70	„
1891—1896	2,60	„
1897—1901	2,60	„

Wir sehen demnach, daß unter dem Einfluß der liberalen Handelspolitik der 60er und 70er Jahre der Verbrauch rasch zugenommen hat, während seit Einführung des agrarischen Hochschutzes ein bedeutender Rückgang zu verzeichnen ist. Dagegen nahm in England der Getreidekonsum erheblich zu. Auf 1000 Personen der Bevölkerung des vereinigten Königreichs kamen durchschnittlich jährlich:

Erntejahre	Imperial Quarters
1852/53—1860/61	638
1861/62—1870/71	684
1871/72—1880/81	687
1881/82—1890/91	734
1891/92—1900/01	748

Daß auch auf die technische Entwickelung der Landwirtschaft und ihre Produktivität der Schutzzoll schädlich wirkt, ist schon oft betont worden. Auch dafür bringt Goldstein interessante Zahlen. Der Durchschnittsertrag vom Hektar Weizen betrug nämlich in Hektolitern:

	1892/95	1896/1900	Zunahme
in England . . .	24,6	28,6	16 Proz.
in Frankreich . .	16,0	16,8	5 „
in England mehr .	54	70 Proz.	

Trotz der Abwesenheit der Getreidezölle war demnach die Steigerung des Ertrages in England bei weitem größer als in Frankreich.

Die von agrarischer Seite aufgestellte Behauptung, die außerordentlichen Weizenerträge Englands seien nur darauf zurückzuführen, daß unter dem Einfluß des Freihandels nur solche Böden der Weizenkultur gewidmet werden, die sich dazu besonders eignen, vermag diese Thatsache nicht zu verkleinern, denn im letzten Jahrzehnte hat in England die Anbaufläche zugenommen, während sie in Frankreich abnahm. Die durchschnittlich jährlich mit Weizen bebaute Fläche betrug:

	im Vereinigten Königreich Akres	in Frankreich Hektar
1892/1895 . . .	1 922 000	7 013 000
1896/1900 . . .	1 957 000	6 844 000
	+ 35 000	— 169 000

Die außerordentliche Ertragssteigerung war demnach in England trotz der Zunahme der mit Weizen bebauten Fläche (also Hineinbeziehung der Böden schlechterer Qualität) zu verzeichnen, während in Frankreich trotz der Einschränkung des Weizenbaues (also Eliminierung von Böden schlechterer Qualität) und der hohen Schutzzölle die Ertragssteigerung relativ sehr gering war.

Mit Recht zieht Goldstein aus diesen Zahlen den Schluß: „Man kann die Sache drehen und wenden wie man will, die Wirkungen des agrarischen Hochschutzes lassen sich weder vom Standpunkte der Steigerung der nationalen Produktion noch vom Standpunkte der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung durch die einheimische Landwirtschaft rechtfertigen. Denn in der einen wie in der anderen Hinsicht stand England — ohne agrarischen Schutz — bedeutend günstiger da als Frankreich!"

Deutsches Reich.

Berlin, 9. März. Der Reichstag hielt am Sonnabend zwei Sitzungen ab. Diese bemerkenswerte Thatsache kommt auf die Rechnung der grenzenlosen Faulheit, die das charakteristische Merkmal der Zollmehrheit in allen Nicht-Zollsachen ausmacht. Es handelte sich ja am Sonnabend „bloß" um Postassistenten. So kam es denn, daß der Reichstag schon um 4 Uhr wegen Beschlußunfähigkeit auflog. Er hatte in der kurzen Sitzung Nr. 1 den Etat des allgemeinen Pensionsfonds recht rasch erledigt, wobei sich die Grafen Oriola und Roon auf sehr billige Weise den Ruf der Inhaber warmer Herzen verschafften. Sie verkündeten mit schmetternden Posaunenstößen ihr überfließendes Wohlwollen für die Veteranen, drohten sogar mit Etats-Obstruktion, wenn nicht bald Wandel geschaffen werde. Aber die Kosten des gräflichen Wohlwollens sollen wieder die Steuerzahler tragen; natürlich nicht die reichen, sondern die armen. Graf Roon schnappte begierig nach einer Biersteuer, Herr v. Kardorff pflichtete ihm eifrig bei und wies dagegen den Gedanken einer Reichseinkommensteuer weit von sich. — Dann kamen noch einige Titel des Postetats an die Reihe. Es handelte sich dabei in erster Linie um die von der Regierung allen feierlichen Versprechungen zuwider hartnäckig verweigerte Schaffung von 1000 neuen Postassistentenstellen. Ein Antrag Müller-Sagan, der auf die Errichtung dieser Stellen drängt, war in der Budgetkommission mit 13 gegen 12 Stimmen gefallen; sein Urheber hatte ihn aber im Plenum wieder eingebracht und für den Fall seiner Ablehnung eine Resolution hinzugefügt, welche wenigstens eine etwas bessere Bezahlung der diätarisch angestellten Assistenten sichern soll. Dagegen wartete der Konservative v. Waldow-Reitzenstein als freiwilliger Regierungskommissar mit einer farblosen Gegenresolution auf, die ein geradezu rührendes Vertrauen zu der Postverwaltung atmet, deren gutem Willen sie alles anheimgeben will. — Dr. Müller-Sagan begründete seinen Antrag; Staatssekretär Kraetke antwortete im Buddestil, der freisinnige Antragsteller replizierte kurz und scharf und wies auf die außerordentlich schlechte Besetzung des Hauses hin. Als trotz dieser Warnung der gerade amtierende Vizepräsident Büsing zur Abstimmung schreiten lassen wollte, bezweifelte Genosse Ledebour die Beschlußfähigkeit. Einer Probe bedurfte es gar nicht. Herr Büsing hob also die Sitzung auf und beraumte die nächste auf eine halbe Stunde später an, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung. — Die zweite Sitzung wurde vom Grafen Ballestrem präsidiert. Die Abstimmung über die rückständigen Titel des Postetats wurde abgesetzt und gleich der Militäretat vorgenommen. Genosse Kunert hielt eine scharfe, kräftige Rede, in der er besonders die bestialischen, teuflischen Soldatenmißhandlungen geißelte, wie sie in Rendsburg und anderswo vorgekommen sind. Graf Ballestrem fühlte sich einmal bemüßigt, unseren Redner zu unterbrechen, auf der Rechten randalierte vor anderen der Graf Roon, der sehr gut gefrühstückt zu haben schien.

— Einen Parademarsch von Automobilen, veranstaltet vom Deutschen Automobilverband, bat am Sonnabend abend der Kaiser vom Schlosse aus abgenommen. Es soll sehr schön gewesen sein, und wenn es auch eine Anzahl Verkehrsstörungen gab, so war dafür die große Schar der Neugierigen so begeistert, daß sie eifrig das Heil Dir im Siegerkranz sang.

Der Kaiser überall. Aus Berlin wird vom Vorwärts folgende interessante Geschichte berichtet: Der Berliner Kunstverein war sich schlüssig geworden, noch vor der diesjährigen Eröffnung der Kunstausstellung im Ausstellungsgebäude einige bauliche Veränderungen vornehmen zu lassen, und zwar betrafen diese die innere Ausstattung der großen Kuppelhalle und die Errichtung eines Repräsentations- und Ausstellungssaales. Die Kommission, der die Erledigung dieser Angelegenheit übertragen war, besteht aus den Professoren Kampf und Solf, den Malern Koberstein, Passini und Skarbina, dem Kupferstecher H. Meyer, den Bildhauern Kallmorgen, Clement, Harzer und Wandschneider und den Architekten Bauräten Schmieder und Kayser. Herr Kayser ist bekanntlich Vorsitzender des Kunstvereins. Zu Beginn dieses Jahres erfolgte nun die Ausschreibung einer Konkurrenz unter zehn hiesigen Architekten, und Anfang Februar wurde ein konvenierender Entwurf zur Ausführung bestimmt und dieser auch sofort in Angriff genommen. Doch die Arbeit sollte nicht weit gedeihen. Am Dienstag voriger Woche überbrachte plötzlich ein Hofkurier den Befehl des Kaisers, die ganzen Arbeiten einzustellen, weil die Projekte ihm, dem Monarchen, nicht zur Genehmigung vorgelegen hatten. Gleichzeitig wurde kategorisch bestimmt, daß die große Kuppelhalle in ihrer bisherigen Ausstattung erhalten bleiben solle. Den Kommissionsmitgliedern kam der kaiserliche Befehl im ersten Augenblick allerdings etwas sonderbar vor, um so mehr, als ihnen starke Zweifel über seine äußere und innere Berechtigung aufstiegen. Jedoch wofür ist man „freier" Künstler? Anstatt gegen den Eingriff des Kaisers in die ureigenen internen Angelegenheiten des Kunstvereins entschieden zu protestieren, beeilten sich die Herren, ein allerunterthänigstes Immediatgesuch bei Hofe einzureichen, damit die Fortführung der angefangenen Arbeiten huldvollst wieder gestattet werden möge; andernfalls stehe die zum 2. Mai in Aussicht genommene Eröffnung der Kunstausstellung sehr in Frage. Von einer Antwort verlautet bis jetzt noch nichts, vielleicht können die loyalen Kunstgrößen in Demut noch so lange harren, bis Anton v. Werner sich erweichen läßt, ein gutes Wort für sie einzulegen. Diesem Herrn soll es nämlich zuzuschreiben sein, daß der Kaiser sich in die Angelegenheit eingemischt hat.

Gegen die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz hat am Sonnabend in Berlin im Architektenhause der Deutsche Aerztetag Stellung genommen. 347 delegierte Aerzte, die 19 114 Stimmen vertraten, nahmen daran teil. Aus den Verhandlungen heben wir hervor:

In seiner Begrüßungsansprache betonte Prof. Lödker-Bochum, daß die Aerzte von der sozialpolitischen Gesetzgebung wahrlich nicht verwöhnt worden seien. Die Krankenkassen seien nicht nur für die Versicherten, sondern auch für die Aerzte zur Brotfrage geworden. Weil in den maßgebenden Kreisen nicht das geringste Verständnis für die Lage der Aerzte vorhanden sei, ja, die obersten Stellen noch nicht einmal wissen, was unter freier Aerztewahl zu verstehen ist, sei es Pflicht der Aerzte, zum Sammeln zu blasen, um auf dem Wege der Selbsthilfe, der Organisation das zu erlangen, was ihnen gesetzgeberisch versagt wird.

Hofrat Dr. Mayer-Fürth legte dann einen Antrag des Geschäftsausschusses vor, worin mit Bedauern festgestellt wird, daß in der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz den langjährigen, einmütigen und durchaus spruchreifen Forderungen der deutschen Aerzte wiederum nicht Rechnung getragen worden ist, obwohl der Deutsche Aerztevereinsbund seit Bestehen des Krankenversicherungsgesetzes nicht nachgelassen hat, auf die Schädigungen hinzuweisen, welche aus diesem Gesetz sowohl für den ärztlichen Stand wie für die Versicherten erwachsen sind. Um die aus dieser Sachlage drohenden Gefahren abzuwenden, richtet der Deutsche Aerztetag an die Reichsregierung und an den Reichstag die Aufforderung, die in der Denkschrift des Deutschen

---

Das war mir sehr lieb zu hören. Ich wußte zwar nicht weshalb; aber es war mir angenehmer, zu denken, daß ich keine Seele habe. Es schien mir einfacher und besser, und gerade weil die anderen alle eine hatten, gefiel es mir, keine zu haben.

Nach diesem Gespräch beruhigte ich mich und verwandelte mich wieder in den Hasen.

Bei solchem Phantasiespiel aber, das zum Zweck hatte, mich über die Beschwerlichkeiten der Schule hinwegzutäuschen, erging es mir oft übel.

Ich weiß, einmal packte mich der Rechenlehrer ganz desperat an den Schultern, um mich in die Ecke zu stellen. Ich aber, wild, bös und wütend, fahre mit beiden Händen in das Tintenfaß, das in die Bank eingelassen war, halte mich daran und schreie jämmerlich: „Rühr mich nicht an, rühr mich nicht an!"

Das war dem Rechenlehrer sehr einleuchtend. Er mochte nicht Lust haben, nähere Bekanntschaft mit meinen beiden schwarzen Tintenhänden zu machen — und ließ mich unangefochten sitzen. Die Mädchen aber flüsterten untereinander: „Die ist klug, die ist doch schlau."

Das hörte ich und empfand, daß dies erste Lob aus dem Munde der Kameradinnen mir sehr wohl that.

„Führt sie hinaus und wascht ihr die Hände, damit sie nichts einschmiert," rief der Rechenmeister, und ich fühlte, daß man mit Hochachtung mir behilflich war, die Spuren meines siegreichen Kampfes unschädlich zu machen.

Das aber blieb der einzige Lichtblick in meiner kurzen Schullaufbahn.

Die Lehrer strafen mich beinahe nie, waren freundlich mit mir; in der Erinnerung ist es mir, als hätten sie eine sanftere Art mit mir zu sprechen angenommen, als mit den anderen Mädchen; aber es war nicht das Rechte. Ich war und blieb bedrückt. Ich hatte keinen Erfolg aufzuweisen. Meine Hefte gab man mir gewöhnlich stumm, kopfschüttelnd zurück.

Wenn ich eins aufschlug, so klopfte mir das Herz; es sah so unbeschreiblich kraus aus, und die rote Tinte herrschte in erschreckender Weise vor.

Einmal begab es sich, daß die ganze Klasse nachsitzen mußte, und der Lehrer sagte zu mir: „Hör' einmal, ich kann dir's nicht erlassen, du mußt mit dableiben." Ich beschwor ihn, ich bat ihn, ich küßte seine Hand.

Er sagte aber: „Sei verständig, ich kann nicht anders." Und so blieb es.

Jede Hoffnung im Leben schien mir zu Ende, ich fühlte mich zerbrochen, fühlte mich nicht fähig, diese Schmach zu tragen, so tausendfach ich sie verdient hatte. Als ich nach Haus kam, stand meine Mutter an der Treppe und reichte mir einen Teller mit Himbeeren entgegen. Sie hatte mich kommen sehen.

Ich konnte nicht gestehen, es war mir unmöglich — ich zitterte; ich hatte noch nie gelogen, noch nie etwas verschwiegen; — aber es ging nicht, ich brachte mein Unglück nicht über die Lippen. Die Güte meiner Mutter rührte mich unbeschreiblich — und ich nahm die Himbeeren, mit denen sie mich so freundlich überraschte, und da ich sie genommen und verzehrt hatte, konnte ich nun erst recht nicht beichten. Ja, hätte ich den Mut vor den Beeren gehabt, aber jetzt, nachdem ich das Gute genossen — das erschien mir abscheulich, trotzdem alles in Angst und Verwirrung geschehen war, ohne daß ich recht wußte wie.

Ich beschloß also, so unmöglich es mir vorkam, die schlimmen Angelegenheiten für immer zu verschweigen.

Das wurde mir bitterschwer, ich litt Tag und Nacht darunter. Ich grämte mich — aber ich konnte nicht reden — ich wurde kränklich — krank und bekam nach einiger Zeit ein Nervenfieber.

Bevor die Krankheit bei mir ausbrach, hatte ich einen Eindruck, der sie beschleunigte und vielleicht herbeiführte. Ich sah einen kleinen Holzschnitt; durch Zufall kam er in meine Hände. Auf diesem Holzschnitt war der Tod als Gerippe abgebildet, wie er durch ein Krankenzimmer schritt. Niemand bemerkte ihn, nur ein kleiner Wachtelhund bellte ihn an.

Dies Bild entsetzte mich so, daß mir die Sinne schwanden; ich fiel bewußtlos zusammen.

Es war niemand zugegen, als mir dies geschah — und niemand, als ich wieder zu mir kam; ich konnte mich vor Grauen, Furcht und Schwäche nicht erheben. Das schreckliche Bild war wie eingebrannt in meine Seele.

Ich fürchtete mich, konnte mich nicht regen und bewegen. Die ganze Welt erschien mir unheimlich und entsetzlich.

Wenn es so etwas Fürchterliches gab, wie konnte man da leben? Wie konnten die Leute noch lachen?

Ich hatte vom Tod gehört und mir wenig dabei gedacht. — Nun aber hatte ich ihn gesehen.

Mein ganzes Gemüt war in Trauer und Verzweiflung verwandelt.

Und wieder mußte ich schweigen — ich konnte nicht reden, fürchtete mich, etwas so Entsetzliches auszusprechen. Mir war, als müßte dann die abscheuliche Gestalt sogleich ins Zimmer treten.

So hatte mein armes Herz viel zu tragen.

Mein Schuldbewußtsein drückte mich noch immer nieder, und das Geheimnis, daß ich nun wußte, wer und was der Tod ist, vernichtete mich fast.

Von meinem Kranksein ist mir keine Erinnerung geblieben, nur weiß ich, daß, als ich wieder aufgestanden war und nicht mehr gehen konnte, ich mich darüber verwunderte und erfuhr, ich wäre sehr krank gewesen.

In die Schule bin ich nie wieder gegangen und ich bekam bei einem guten, freundlichen Manne Unterricht mit noch einem Mädchen. Unser Lehrer hieß Herr Bräunlich.

Ich hatte sein Gesicht gern und seine Stimme. Er war ein behaglicher Mensch, verstand es sogar, uns die Rechenexempel in Form kleiner, netter Geschichten vorzuführen; aber immer noch schlief mein Verneifer und war auf keine Weise zu erwecken; auch fehlte mir jeder Ehrgeiz.

Nach und nach nahmen mehrere Mädchen an unseren Stunden teil, vortreffliche Schülerinnen, klug und weise. Ich blieb mit aller Gemütsruhe hinter ihnen zurück. Weshalb sollte ich es ihnen gleichtun? Ich sah den Zweck nicht ein.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter, erwerbt das Bürgerrecht!

schen Aerztevereinsbundes an den Bundesrat begründeten Wünsche der deutschen Aerzte nach Anhörung von ärztlichen Sachverständigen zu berücksichtigen. Im Hinblick auf die bisher fruchtlosen Versuche, die Reichsregierung zur Berücksichtigung der ärztlichen Forderungen zu veranlassen, ruft der Deutsche Aerztetag die deutschen Aerzte auf, bis zur zufriedenstellenden Lösung der Kassenarztfrage in festem Zusammenschluß die Mittel der Selbsthilfe nachdrücklich zur Anwendung zu bringen.

Zur Begründung der Resolution verwies Hofrat Mayer auf die Verschlechterung der sozialen Lage der Aerzte durch die Krankenkassen. Das schlimmste sei aber, daß das Ansehen der Aerzte dadurch eine Einbuße erlitten habe. Auf ehernen Tafeln steht unsere Forderung der freien Aerztewahl geschrieben! Mir ist, so schloß Redner, zur Linderung der Not meines Standes jeder Weg recht, der nicht unstandesgemäß ist oder schädlich wirkt. Ich empfehle daher Vereinigung zu lokalen Verbänden, die sich wieder zu größeren Zentralstellen zusammenschließen. Geh. Hofrat Pfeiffer-Weimar legte im einzelnen die Schädigungen dar, die dem Aerztestand durch die Krankengesetzgebung erwachsen sind; er bediente sich dabei eines ausgedehnten Zahlenmaterials und wies nach, daß die Vergütungen bis zu 50 Pf. pro Kopf herabgehen, das sind zirka 6 Pf. für die Einzelleistung. Was die Aerzte heute mehr fordern, haben sie bisher geschenkt als humanitäre Leistung, die früher freiwillig gegeben, jetzt gefordert werde. Die 8000 Gemeindekassen hätten in einem Jahre 7½ Millionen Zuschüsse nötig. Daran sind die Aerzte dreifach beteiligt: als freiwillig beisteuernde, als Steuerzahler und als Arbeitgeber. Wenn die Aerzte hier erklärten: wir tun nicht mehr mit, sind die Kassen unfähig. Redner empfahl die Einrichtung eines eigenen statistischen Bureaus, da sich in den statistischen Nachweisen insgemein sehr viele Fehler befinden. Sanitätsrat Alexander-Berlin verwies auf die bedenkliche Macht, die den Organisationen plötzlich durch das Gesetz gegeben ist. Wer habe nicht die Macht der Kassenvorstände gefühlt? Stellenschacher, Nepotismus, politische Begünstigung und anderes seien die Folge. Es sei eine Alltäglichkeit, daß die Kassen in ärztliche Dinge hineinreden. Die Folge sei eine dauernde moralische Depression. Geh. Sanitätsrat Prof. Lent-Köln erkennt an, daß an sich die Novelle einen sozialen Fortschritt bedeute, wenn man von der Nichtberücksichtigung der ärztlichen Forderungen absieht. Die Wöchnerinnenunterstützungen und die Beteiligung der Geschlechtskranken hätten aber die Aerzte durchgesetzt! Das möge nicht vergessen bleiben! Unsere ganze Hygiene seit 35 Jahren, wer hat sie gemacht? Wir! Wir sind die Pioniere des Gesundheitswesens, und deshalb soll uns das Reich auch achten und schützen!

Dr. Hartmann-Leipzig mahnte, vor allen Dingen müßten die Aerzte der festgeschlossenen Organisation der Krankenkassen eine festgeschlossene Organisation entgegensetzen. Wenn die Gerner Krankenkassen nicht nachgäben, so würden sie sich eben einfach mit ärztlichem Kehricht begnügen müssen. Der ärztliche Stand sei es müde, sich von Arbeitern und Gesellen Vorschriften machen zu lassen; er habe es auch satt, den Prügelknaben abzugeben für die sozialen Versöhnungsversuche des Staates! Dr. Mugdan-Berlin betonte, der Grundsatz müsse aufgestellt werden, daß jeder Patient jeden Arzt konsultieren kann. Die beschränkte Aerztewahl sei eine beschränkte Wehrpflicht.

Zum Schluß stellte der Vorsitzende fest, daß alle Mitglieder des Aerztevereinsbundes bis auf 300 vertreten seien. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und alsdann beschlossen, den nächsten ordentlichen Aerztetag in diesem Jahre in Köln abzuhalten.

Die Hauptforderung des Aerztevereinsbundes ist bekanntlich die gesetzliche Festlegung der freien Aerztewahl für die Krankenkassenmitglieder. Dieses System ist uns an und für sich durchaus sympathisch — gegen den Zwang zur Einführung aber erhebt die Arbeiterschaft Protest. Wie das Verhältnis zu den Aerzten geregelt wird, das ist Sache der Versicherten selber. Die Uniformierung von oben widerspricht der Selbstverwaltung, die den Arbeitern sehr wertvoll ist. Für manche Kasse ist finanzieller Bedenken wegen die freie Aerztewahl nicht durchführbar — die unselige Zersplitterung der Kassen trägt daran viel Schuld, und wenn die Aerzte dagegen einmal ihre Stimme erheben wollten, so würden sie ihre und der Arbeiter Interessen verfechten! Auf die Weise würden sie weiter kommen, als wenn sie in die Hetze gegen die Kassen einstimmen, wie das auf dieser Versammlung abermals geschehen ist, wo den Kassenvorständen Nepotismus (Vetternwirtschaft), Stellenschacher, politische Begünstigung u. a. vorgeworfen wurde. Im Kampfe gegen die erbärmliche Gemeindekrankenversicherung z. B. würden die Aerzte die Arbeiter gewiß an ihrer Seite finden. Aber den Herren vom Aerztevereinsbunde, die freilich nicht alle deutschen Aerzte vertreten, wäre solche Bundesgenossenschaft vielleicht unangenehm — ist doch in der Versammlung kein Wort der Zurückweisung gegen die hochmütige kastenstolze Erklärung des Herrn Dr. Hartmann-Leipzig erfolgt der ärztliche Stand sei es satt, sich von Arbeitern und Gesellen Vorschriften machen zu lassen. Daß eine Zwangsversicherung ohne Vorschriften für die Aerzte undenkbar ist, versteht sich am Rande! Dem Herrn ist aber unangenehm, daß diese Vorschriften nicht von Leuten, die er sich sozial gleich achtet, von Unternehmern oder Beamten erlassen werden, sondern von einfachen Arbeitern, die er für sozial minderwertig hält! Eine solche Aeußerung, die geradezu eine Aufforderung zur Erdrosselung der Krankenkassen-Selbstverwaltung darstellt, ist freilich nicht geeignet, ein gutes Verhältnis zwischen Aerzten und Versicherten herbeizuführen, noch Verständnis für die Forderungen der Aerzte bei den Arbeitern zu erwecken!

Dazu kommt, daß sich alle diese feindseligen Aeußerungen vornehmlich gegen die von Arbeitern geleiteten Kassen wenden. Und doch hätten die Aerzte allen Grund, zuzugeben, daß sie in jenen Kassen meist mehr Entgegenkommen und Verständnis gefunden haben — Dresden, Leipzig sind leuchtende Beispiele —, als bei den Betriebs- und Fabrikkrankenkassen, in denen die Unternehmer dominieren. Wird doch die Textilarbeiterkasse zu Gera auch von den Unternehmern beherrscht!

Die Arbeiterschaft macht den Aerzten in keiner Weise das Recht streitig, nach Verbesserung ihrer materiellen Lage zu streben und erkennt ihre Pflicht an, die Aerzte bei den Krankenkassen anständig zu bezahlen. Die Arbeiter werden sich aber auch entschieden dagegen verwahren, daß die Aerzte ihre Forderungen auf Kosten der kümmerlichen Rechte der Arbeiterschaft durchzusetzen versuchen!

Kein Hofskandal in Mecklenburg. Die Mecklenburg-Schwerinschen Nachrichten brachten am Sonnabend folgende amtliche Bekanntmachung: „Auswärtige und inländische Blätter brachten in jüngster Zeit Mitteilungen über einen am Schweriner Hof angeblich bestehenden Hofskandal. Die Mitteilungen enthalten schwere Anschuldigungen und Verdächtigungen eines im Auslande weilenden Mitgliedes des großherzoglichen Hauses. Das großherzogliche Staatsministerium ist deshalb in Wahrung der Interessen des großherzoglichen Hauses in Ermittelungen eingetreten, welche die völlige Unbegründetheit der Berichte ergeben haben."

Ob es dem mecklenburgischen Ministerium bei seinen Ermittelungen gelungen ist, die Wahrheit festzustellen, darüber wollen wir uns ein Urteil erst erlauben, wenn die Blätter geantwortet haben, in denen unter Ausführung von vielerlei Details die Meldung von der „Ehrenrettung" zuerst aufgetaucht ist. Bekanntlich ist die erste, allerdings nur kurze Mitteilung von einem waschechten Dresdner Ordnungsblatte, den Dr. Nachr., ausgegangen. Was sagen die nun?

Korum ist umgekehrt. Aus Trier wird vom Sonntag gemeldet: Von den hiesigen Kanzeln ist soeben verkündigt worden, daß das bekannte Publikandum des Bischofs Korum als nicht geschehen zu betrachten sei.

Der streitbare Bischof ist also von Rom aus zurückgepfiffen worden. Bülow und seine Offiziösen werden Triumph schreien — indes steht leider fest, daß der Vatikan nur deshalb so nachgiebig war, weil er im Guten genug von der Regierung zu erlangen sicher ist. Und er wird die Rechnung für diese Gefälligkeit schon präsentieren.

Zur neuesten That der Peters-Garde macht die Freis. Zeitung folgende interessante Mitteilung: Die Veröffentlichung dieses Gnadengesuchs ist bezeichnend, zumal bei der ersten Anregung der „Rehabilitierung" kein Geheimnis daraus gemacht worden ist, daß die Freunde des Herrn Peters in ihm den künftigen Kolonialdirektor sahen.

Jetzt sind diese Trauben zu sauer geworden. Herr Peters „verzichtet" auf den Reichsdienst „für immer"!

Oesterreich-Ungarn.

Die Halben und die Ganzen. Aus Budapest wird vom 8. März gemeldet: Die von der Unabhängigkeitspartei zum Protest gegen die Wehrvorlage einberufene Volksversammlung konnte vor dem Parlamentsgebäude nicht abgehalten werden, da 10000 Sozialisten dort Aufstellung genommen hatten und nicht einmal die Bildung eines Präsidiums zuließen. Die Teilnehmer der schwach besuchten Versammlung zogen in eine Nebengasse, wo mehrere Abgeordnete der Unabhängigkeitspartei Reden hielten, und begannen sodann einen Umzug durch die Straßen, wobei der Pöbel zahlreiche Fensterscheiben einschlug. Es kam infolgedessen zu Zusammenstößen mit der Polizei, welche mehrere Personen festnahm. Die Sozialisten, welche den Platz besetzt gehalten hatten, gingen schließlich in Ordnung auseinander. Die Unabhängigkeitspartei hat ein nördliches Fiasko erlitten, da die Bürgerschaft sich von der Versammlung vollkommen ferngehalten. Die Sozialisten verhinderten die Versammlung, weil sie entschieden gegen die Wehrvorlage sind, während die Unabhängigkeitspartei gegen nationale Entschädigungen bereit wäre, die Vorlage anzunehmen.

Die Helden der Unabhängigkeitspartei haben sich im Reichstag darüber bekrittelt, daß — die Polizei die Sozialisten nicht auseinander gesprengt hat. Der Ministerpräsident hat sie mit wohlverdientem Spott heimgeschickt.

Spanien.

Landarbeiterunruhen. Freitag abend hat die Gendarmerie in Jerez 37 Feldarbeiter gefesselt eingebracht, die unter Drohungen von den Grundbesitzern eine Lohnerhöhung verlangt hatten. Als die Gendarmerie herbeigerufen war, wurde sie angegriffen und mußte sich zurückziehen. Sie konnte erst zurückkommen, nachdem sie verstärkt worden war; dann verhaftete sie 37 Arbeiter, bei denen anarchistische Flugschriften und Aufrufe gefunden wurden.

Die Wahlen zu den Generalräten, die am Sonntag stattfanden, haben in Madrid zu zahlreichen Streitigkeiten geführt. Zwei Wahlvorsteher wurden verhaftet, zwei entzogen sich ihrer Verhaftung durch die Flucht. Einer derselben bestahl mehrere Senatoren mit einem Revolver bedroht. Auch in Barcelona, wo sechs Republikaner und zwei Anhänger der catalanischen Partei gewählt wurden, kam es zu Unruhen.

Holland.

Die Protestbewegung. Ueber die Sonntagsversammlungen wird aus Amsterdam vom 9. März telegraphiert: Gestern wurde im ganzen Lande eine große Anzahl von Versammlungen abgehalten um gegen die Gesetzentwürfe Einspruch zu erheben. Es kam nirgends zu Zwischenfällen.

Het Volk berichtet: Man meldet uns aus dem Haag: In Zusammenhang mit der Vorbereitung des Belagerungszustandes werden militärische Zensur-Kommissionen vorbereitet, welche, bevor die Tageblätter erscheinen, den Inhalt dieser gutheißen müssen. — Jetzt schon werden alle Berichterstatter, welche man für verdächtig hält, von geheimen Polizisten überwacht, um Beweismaterial gegen sie zu sammeln.

Die erste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer ist nunmehr definitiv auf nächsten Dienstag, 10. März, festgesetzt.

Nach bürgerlicher Quelle soll der Sozialistenführer van Kol geäußert haben, die Sozialisten beabsichtigten nicht einen Generalstreik, sondern eine Reihe von Einzelstreiks der verschiedenen Arbeiterorganisationen herbeizuführen.

Afrika.

Das Zickzack der Nachrichten aus Marokko dauert fort. Nach der einen Meldung ist der Prätendent wohl und munter, und verfügt noch über viele Anhänger, nach der anderen ist er gefangen und soll dem Sultan baldigst ausgeliefert werden. Das war ja schon einmal so!

Alle bisherigen Nachrichten dementiert wieder ein neuestes Telegramm der Voss. Ztg. aus Tanger. Demnach hätten die Sultanstruppen keinen Sieg erfochten, die Kämpfe seien unentschieden geblieben, der Aufstand sei keineswegs beendet.

Parteiangelegenheiten.

Christliches Pech. Eine amüsante Geschichte wird unserem Königsberger Parteiblatte aus Tilsit berichtet: In dem großen Dorfe Jt. im Kreise Tilsit wurde, wie das jetzt so üblich ist, ein evangelischer Arbeiterverein gegründet, natürlich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das große, staatserhaltende Werk war vollbracht, man konnte nun an die Vernichtung der verdammten Sozis herangehen. Geld wurde gesammelt, eine Fahne wurde angeschafft und Verein und Fahne vom Pfarrer gesegnet. Doch der heilige glühende Feuereifer erkaltete bald, der Verein wollte nach einiger Zeit nicht mehr so recht vorwärts kommen. Da, eines Tages, o Graus, erklärte der Fahnenträger, ein kleiner Besitzer, er trage die Fahne nicht mehr, er — sei Sozialdemokrat geworden! Möge die Fahne tragen, wer wolle. Man hätte nur die bestürzten Gesichter der Gründer dieses Vereins sehen sollen. Mit dem Fahnenträger traten gleichzeitig die letzten Mitglieder aus, und der anfänglich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründete Verein verendete, weil die meisten Mitglieder Sozialdemokraten geworden waren.

„Eine Versammlung genügt." In Oberitzko, Kreis Samter (Provinz Posen), wurde am Sonnabend ein Wahlverein für den Wahlkreis Samter-Obornik mit dem Sitz in Oberitzko gegründet. Die Genossen hatten sicherheitshalber zwei Versammlungen angemeldet, die eine auf 3, die andere auf 4 Uhr nachmittags. Sie erhielten jedoch nur eine Bescheinigung über die erstere, die Ausstellung einer weiteren verweigerte das Stadtoberhaupt von Oberitzko mit der Begründung, das „eine Versammlung vollständig genüge". — Die Polizei muß das ja wissen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Immer neue Variationen der Behinderung des Koalitionsrechts werden gefunden. So wurde in Dortmund ein Maurer wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze (§ 110 des St.-G.-B.) mit 100 M. Geldstrafe belegt, weil er in einer Versammlung zur Niederlegung der Arbeit eventuell ohne Einhaltung der Kündigungsfrist aufgefordert haben soll. Das Landgericht Dortmund hatte den Streikfünder erst freigesprochen. Der Staatsanwalt legte aber Revision ein, das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Bochum, das denn auch zur Verurteilung gelangte. — Es geht also auch ohne Zuchthausgesetz.

Die Polizei in Kottbus hat den Vorstand der dortigen Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes mit Strafmandaten bedacht, weil er Veränderungen im Mitgliederbestande nicht rechtzeitig gemeldet haben sollte. Das Schöffengericht sprach die Vorstandsmitglieder jedoch frei, woraus hervorgeht, daß die Polizei zu Unrecht mit Strafverfügungen vorgegangen ist. Auch die Organisationen der Metallarbeiter, Textilarbeiter und Handlungsgehilfen sind aus demselben Grunde wie die Bauarbeiter mit Strafmandaten bedacht worden, über welche die gerichtliche Entscheidung noch aussteht.

Gerichts-Zeitung.

In dem Prozeß Heusler lauteten die weiteren Zeugenaussagen am Freitag für die Angeklagte zumeist ungünstig. Verhältnismäßig günstig sagt Frau Rosa Maier aus, die von 1893 bis 1899 Dienstmädchen im Maximilianistift gewesen ist. Die Oberin sei zu den Dienstmädchen im allgemeinen ganz gut gewesen. Die Stiftsdamen habe sie allerdings oftmals „altes Luder" usw. genannt und sich auch bisweilen geweigert, den alten Damen die von Aerzten verordneten Suppen zu gewähren. Auf Befragen des Verteidigers giebt die Zeugin zu, daß einigen Damen das Fleisch zu hart, anderen wieder zu weich war. Einige Damen fanden das Essen versalzen, andere zu wenig gesalzen. Eine alte Stiftsdame hielt sich mehrere Katzen. Diese verrichteten sämtlich ihre natürlichen Bedürfnisse in dem Zimmer der Stiftsdame, so daß ein furchtbarer Gestank entstand. Die Stiftsdame habe sich trotz alledem geweigert, die Fenster öffnen zu lassen. Die Dame hatte eine Lieblingskatze; dieser steckte sie oftmals einen seidenen Sonnenschirm auf und führte sie in dieser Weise die Straßen entlang spazieren. Als die Katze gestorben war, wurde dieselbe in feierlichster Weise begraben. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Nach zwölf Tagen ließ die Dame den Kadaver ausgraben und nahm diesen zu sich ins Zimmer. Es entstand dadurch im ganzen Hause ein furchtbarer Gestank.

Im Laufe des Zeugenverhörs am Sonnabend sagte der Gatte der früheren Dienstherrin der Minna Wagner aus, daß ein unerlaubtes Verhältnis zwischen letzterer und ihm nicht bestanden habe. Andere Dienstherrschaften, bei welchen die Wagner früher im Hause war, sagten durchweg günstig für sie aus. Die Beweisaufnahme wurde am Vormittag beendet; am Nachmittag wurden die Plaidoyers gehalten.

Der Prozeß endete Sonntag morgen ½2 Uhr. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, worauf der Staatsanwalt eine Zuchthausstrafe von sieben Jahren und Aberkennung der Ehrenrechte auf zehn Jahre beantragte. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Als die Heusler das Gerichtsgebäude verließ, wurde sie von der zahlreichen Menge mit lautem Gejohle empfangen, und im Nu waren die beiden Fenster der Droschke, die sie nach dem Gefängnis zurückbrachte, eingeschlagen.

Neues aus aller Welt.

Köln, 7. März. Einem Brüsseler Telegramm der Köln. Ztg. zufolge wird in Giron nahestehenden Kreisen behauptet, es sei kein wahres Wort an den Meldungen von einem Abbruch der Beziehungen der Prinzessin Luise zu Giron. Er werde noch vor Ende August sich den Schwiegersohn des Großherzogs von Toskana nennen. Falsch seien auch die Nachrichten von Abmachungen zwischen der Prinzessin und ihren Eltern, sowie dem sächsischen Hofe, wonach sie gegen das Versprechen, daß zu erwartende Kind dem Kronprinzen auszuliefern, die Erlaubnis erhalten habe, ihre Kinder im Sommer wieder zu sehen; im Gegenteil werde die Prinzessin noch vor Ende des Monats Lindau verlassen, um den „Nachstellungen" des sächsischen Hofes zu entgehen. Sie werde sich nicht nach Schlackenwerth in Oesterreich zurückziehen, sondern in das Ausland, wo sie für ihre „Mutterrechte" Schutz finde.

Eisenbahnunfall. Im Bahnhofe von Cabanal im Departement Drome (Frankreich) fand am Sonnabend ein Zusammenstoß zweier Güterzüge statt, bei dem mehrere Bahnbedienstete verletzt wurden. Der Materialschaden ist bedeutend.

Ein Unglück zum anderen. Aus Montreal (Nordamerika) wird vom 8. März gemeldet: Heute geriet ein auf dem Lorenzostrom im Bau begriffener, nahezu fertiger Dampfer Namens Montreal in Brand und wurde völlig eingeäschert, wodurch ein Schaden von etwa 500 000 M. entstand. Um dem Feuer zuzuschauen, hatten Hunderte von Personen das Dach eines Warenschuppens am Ufer bestiegen. Das Dach brach ein. Eine Person kam dabei ums Leben, über hundert erlitten Verletzungen.

Letzte Telegramme.

Chemnitz, 9. März. Dem Chemnitzer Tageblatt wird bestätigt, daß der sächsische Gesandte in München, Freiherr v. Friesen, die vormalige Kronprinzessin in Lindau weder gesehen noch gesprochen, sondern nur von der Großherzogin von Toskana Erkundigungen über die weiteren Dispositionen eingezogen hat. Von sächsischer Seite ist kein Versuch gemacht worden, die Prinzessin zum Verlassen Lindaus zu bewegen, wohl aber scheint die deutlich hervorgetretene Stimmung der Lindauer Bevölkerung ihre Entschließung zu beeinflussen. Sie beabsichtigt, gutem Vernehmen nach, die Insel Wight (England) zu längerem Aufenthalt aufzusuchen.

Lindau, 9. März. Das Lindauer Tageblatt meldet: Advokat Lachenal kam gestern früh nach Lindau, hatte eine Besprechung in der Villa Toskana und fuhr abends 5 Uhr 37 Min. über Romanshorn zurück.

Brüssel, 9. März. Giron verbreitet die Nachricht, daß er noch Beziehungen zur Prinzessin Luise habe. Sie werde von Lindau direkt nach England reisen und dort bei einer Freundin an einem noch geheim zu haltenden Ort die Entbindung abwarten. — Wenn's wahr ist, so war es unklug, dergleichen auszuplaudern.

Paris, 9. März. Bei den gestrigen Ersatzwahlen in Dinant wurde der radikale Kandidat gewählt. Der Wahlkreis gehörte bisher den Antiministeriellen.

London, 9. März. Große Erregung herrscht in Gravesend über zwei Morde, die an das Auftreten Jack des Aufschlitzers erinnern.

Dresdner Polizeibericht vom 9. März.

Vorigen Mittwoch verunglückte im Betriebe der Sozietätsbrauerei Waldschlößchen ein Heizer, der von einer Leiter stürzte. An den erlittenen Verletzungen ist der gerade heute 30 Jahre alte Mann am Sonnabend gestorben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19030309/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Versammlungen.

Löbtau. Am 3. März hielt die hiesige Gruppe des Sozialdemokratischen Vereins für den 6. Reichstagswahlkreis eine öffentliche Versammlung in Lorenz' Restaurant ab. Genosse Frässdorf referierte über: Das sozialpolitische Ergebnis des verflossenen Reichstags. Er wies zunächst auf die Stellung der sogenannten Ordnungsparteien vor den Reichstagswahlen hin, wie man allerhand Versprechungen macht, um die Stimmen der Arbeiter zu fangen. Wenn unsere Gegner das Mandat dann in der Tasche haben, ist die Sache für sie erledigt. Redner geht näher auf die bisherige Sozialreform, die zum Teil durch den Druck unserer Vertreter und aus Furcht vor den Wahlen geschaffen ist, ein. Er zeigt an der Hand unseres Parteiprogramms, daß wir noch eine viel größere Macht erringen müssen, ehe wir eine wirkliche Sozialreform zu erwarten haben, die zum Nutzen und Wohle der gesamten Arbeiterschaft notwendig ist. An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafte Debatte. Zur bevorstehenden Reichstagswahl fordert Genosse Fleißner zu lebhafter energischer Mitarbeit auf. Weiter übt er noch eine scharfe Kritik an der bürgerlichen Presse, die die sozialdemokratische Partei mit den schäbigsten Mitteln zu verleumden suche. Hierauf Schluß der zahlreich besuchten Versammlung. (Eing. 6./3.)

Böttcher. Am 1. März tagte im kleinen Saale des Trianons eine öffentliche Böttcher-Versammlung. Ueber die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und der Kapitalismus referierte Frau Kähler. Dem Vortrage wurde mit großem Interesse gefolgt, die Beifallsbekundung am Schlusse des Vortrags bezeugte die Zustimmung der Anwesenden. Dann wurde die Abrechnung vom vierten Quartal verlesen. Der Zentralverein hatte eine Einnahme von 522 M. und eine Ausgabe von 77 M. An die Hauptkasse wurden 445 M. gesandt. Einnahme der Lokalkasse: 414,13 M., Ausgabe: 148,94 M., Bestand: 265,19 M. Einnahme der Gaukasse: 20,52 M., Ausgabe: 5,10 M., Bestand: 15,42 M. Die durch Sammellisten aufgebrachten, für die Meerauer Weber bestimmten 28,35 M. wurden, da das Geld wegen Beendigung des Streiks dort nicht angenommen wurde, einstimmig der Lokalkasse überwiesen. Des weiteren wurde der Versammlung anheim gegeben, in Zukunft den Kollegen Georg Schneider als Schriftführer in Vorschlag zu bringen. Kollege Starke rügt noch die Verstöße gegen unser Arbeitsreglement durch einzelne Kollegen. Deshalb wird beschlossen, etwa hier in Arbeit tretende Kollegen ihrer Rechte verlustig zu erklären, wenn sie den Arbeitsnachweis hintergehen. Des weiteren giebt man noch das Resultat der am 28. Januar abgehaltenen Innungsversammlung kund, die sich mit der Wahl des Gesellenausschusses befaßte. Gewählt wurden Kollege Jothe als Altgeselle, Beckert und Hause für Gesellen- und Herbergsnoten, Hermann und Scholz für Lehrlingswesen. Von der Versammlung wurde Kollege Starke als Mitglied der Arbeitsnachweiskommission wieder gewählt. Sämtlichen Kollegen wurde ein Vertrauensvotum ausgestellt. Mit Freuden begrüßte man den Anschluß sämtlicher Kollegen der Waldschlößchen-Brauerei an unsere Organisation, ihnen den Wunsch mit auf den Weg gebend, fest und treu zur Sache zu halten. Ferner stellten die Kollegen der Taubertschen Werkstelle an uns das Ersuchen, sämtlich sich unserem Verband anschließen zu dürfen. Nach längeren Ausführungen wurde beschlossen, sämtliche Kollegen in unseren Verband aufzunehmen. (Eing. 6./3.)

Maurer. Am 4. März, abends 8 Uhr, fand eine öffentliche Maurerversammlung im Volkshause statt. Ueber die Maurerbewegung von 1883—1903 referierte Kollege Koch. In seinem 1½ stündigen Vortrag schilderte er in eingehender Weise die Entstehung der verschiedenen Vereine, kam dann speziell auf die Dresdner Verhältnisse zu sprechen, zeigte an der Hand verschiedener Unterlagen die Fachvereinsbewegung, kam dann weiter auf den jetzt bestehenden Zentralverband zu sprechen und legte den Anwesenden die großen Erfolge der verschiedenen Städte dar, betonte, wenn wir auch in Dresden Fortschritte gemacht haben, so sollten wir uns durchaus nicht zufrieden geben, wir hätten vor allem unter sehr traurigen Verhältnissen noch zu leiden. Unsere Aufgabe muß sein, die Organisation nach allen Seiten hin zu stärken, daß wir endlich auch einmal Einfluß auf das Unternehmertum ausüben könnten, daß auch hier in Dresden geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten. Stärkt die Organisation, füllet die Kassen, nur dann ist es möglich, vorwärts zu kommen, denn Einigkeit macht stark. Reicher Beifall lohnte den Redner. Dann gab der Vertrauensmann nochmals die schon beschlossenen Anträge zum Verbandstage und zum Bauarbeiterschutzkongreß bekannt. Im weiteren wurde vom Vertrauensmann die am Sonnabend den 7. März beginnende Einsammlung der Beiträge auf den Bauten klargelegt und er wünschte, daß auf allen Bauten gesammelt wird. Anschließend hieran wird auf die Abstempelung der arbeitslosen Wochen hingewiesen; es ist Pflicht eines jeden, dies regelrecht zu thun. Kollege Friedrich gab weiter bekannt, daß 88 Kollegen die Arbeit niedergelegt haben (Bau des Bau- und Sparvereins, Baumeister Heinrich, Löbtau). Die Zeit ist günstig; helfen die Kollegen aus, wird der Sieg unser sein. Haben wir doch schon dieses Jahr einiges errungen: bei Knoblach, Löscherstraße, 2 Pf., Jähnig, Bönischplatz, 2 Pf., Bach & Winkler, Poetzschstraße, 3 Pf. Erwähnenswert ist, daß in diesem Jahr schon ca. 300 Kollegen aufgenommen wurden. (Eing. 6./3.)

Briefkasten.

R. W. Uns sind die in dieser Hinsicht mit Z. vereinbarten Bestimmungen nicht so genau bekannt. Versuchen Sie es aber ruhig einmal mit der Anmeldung.

Wetterbericht nach der Wettersäule an der **Augustusbrücke** vom 9. März, vormittags 8 Uhr.

Barometer: 758. Schön Wetter.
Thermometer: + 0° R.
Thermometrograph: Min. + 2, Maxim. + 7
Hygrometer: 78 %.
Wasserstand der Elbe: — 64 cm.

Gelesene Nummern der Sächs. Arbeiter-Zeitung werden nicht weggeworfen sondern an Freunde, Bekannte und Nachbarn weitergegeben, behufs Gewinnung neuer Abonnenten.

Freitag den 13. März 1903, abends punkt 9 Uhr
in folgenden Lokalen:
Trianon, Schützenplatz, **Gambrinus,** Löbtauer Straße, **Deutsches Haus** in Potschappel
Gold'ne Krone in Kleinzschachwitz
Sonnabend den 14. März, abends 9 Uhr, im **Gasthof Pieschen,** Torgauer Straße

5 Volksversammlungen

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der Reichstag und die Sozialreform.

Referenten: Die Reichstagsabgeordneten
Edmund Fischer, Georg Gradnauer, Georg Horn, August Kaden
und der Reichstagskandidat **Julius Frässdorf.**

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Arbeiter, Handwerker, Geschäftsleute! Erscheint massenhaft in diesen Versammlungen! Rüstet Euch zur Reichstagswahl! Tretet den Sozialdemokratischen Vereinen bei!
Die Einberufer.

Soziald. Verein für den 6. Wahlkr. **Gruppe Plauen.**
Montag den 9. März, abends 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in **Geißlers Restaurant,** Wasserstraße Nr 9.
T.-O.: 1. Die politische Lage, die Parteien und die Reichstagswahlen. Ref.: Gen. Fleißner. 2. Debatte. 3. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

Neu eröffnet!
Spezial-Geschäft fertiger Herren- und Knaben-Kleidung
Robert Walter
Bismarckstraße 7 Mügeln, Bismarckstraße 7.
Empfehle: **Herren-Rock- und Jackett-Anzüge, Sommer-Paletots, Kinder-Anzüge, Konfirmanden-Anzüge** in allen Preislagen, sowie sämtliche **Arbeitssachen** in größter Auswahl.

Holzarbeiter aller Branchen.

Dienstag den 10. März 1903, abends 8½ Uhr

Große öffentl. Versammlung

im großen Saale des **Trianons** (Eingang Ostra-Allee und Schützenplatz).
Tages-Ordnung:
Die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der wirtschaftlichen Machtstellung der Unternehmerverbände. Ref.: Koll. A. Röske, Hamburg.
Gewerkschaftliches.
Kollegen, auf! Zeigt durch zahlreiches pünktliches Erscheinen Euer Interesse für unsere Bewegung, für unseren Kampf um Bessergestaltung der äußerst gedrückten wirtschaftlichen Lage.
Massenhaftes Erscheinen aus allen Berufen und Branchen der Holzindustrie erwartet
Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.

Lagerhalter-Verband.

Die Versammlung findet des Bußtags wegen erst **Dienstag den 17. März, abends,** statt.
Tagesordnung: Statutenberatung. General-Versammlung.
Aller Erscheinen unbedingt notwendig.
Sonntag den 15. März, abends von 6 Uhr an: **Gesellige Zusammenkunft mit Frauen** im **Adams Felsenkeller,** Kaulbachstraße.
Auch hierzu aller Erscheinen erwünscht. Der Vertrauensmann.

Achtung! Glasarbeiter

von Dresden u. Döhlen.

Wir ersuchen die Kollegen der **Firma Siemens,** die von der Firma inszenierte Entrüstungs-Petition ruhig zu unterschreiben, um Maßregelungen zu verhüten. Der Wert einer derartig unter Maßregelungs-Drohungen zu stande gekommenen Kundmachung ist schon von vornherein charakterisiert.

Die Ortsverwaltungen.
Dresden: H. Reimert. Döhlen: M. Peschel.

Gleichzeitig ersuchen wir alle die Kollegen, die von der Firma Siemens im Laufe der Jahre wegen Ausübung des Koalitionsrechts gemaßregelt wurden, ihre Adressen an die oben genannten Vertrauensleute abzugeben.

Soeben erschienen:

März-Zeitung 1903.

Dem Andenken Karl Marx' gewidmet.
Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch unsere Buchhandlung, Dresden, Zwingerstraße 22.

Dresdner Volkshaus
Morgen Dienstag:
Schlachtfest.

Von **5** Mk.
Anzahlung an
Damen-Konfektion
Blusen
Kleiderstoffe
Wäsche
Carl Klingler
Moritzstrasse 3.

Zur Konfirmation!

empfehle ich:
Schwarze, weisse und farbige **Kleiderstoffe,** Leibwäsche, Unterröcke, Taschentücher, Strümpfe, Korsetts, Handschuhe, Kragen, Manschetten und Kravatten in guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

A. Fasser Nchflgr.
Dresden-N., Hauptstrasse 6.

Eine goldne Uhr gratis und franko

erhalten Sie für Jasmazi-Coupons. Wollen Sie das Nähere wissen, so senden Sie Ihre Adresse unter Berufung auf dieses Blatt bis zum 29. März an die Cigarettenfabrik Georg A. Jasmazi, A.-G., Spezialabteilung Dresden-A., Pragerstraße.

Konfirmanden-Kleiderstoffe und Wäsche solid u. billig in großer Auswahl.
28
Gegründet 1882. **Ernst Venus** Annenstr. 28.

Löbtau.
Abonnements
auf die Sächs. Arbeiter-Zeitung, Wahren Jakob, Postillen und Glühlichter, sowie sämtliche Parteiliteratur, illustr. Zeitschriften und Modezeitungen werden angenommen und pünktlich ins Haus geliefert.
H. Reinsch
Buchhandlung
Hostitz-Wallwitz-Platz 3, I.
Inseraten-Annahme.

Eduard Nestler
Landschaftsgärtner
Dresden-Plauen, Röckritzer Str. 18
empf. sich zu allen Gartenarbeiten u. Bepflanzung von Gräbern u. Grüften.

Rosel Nitsche
Pesnitz., Friedhofs-Hof. 1. Etage
empf. sich zur Anfertigung v. Blumen-Arrangements, Kränzen usw.

Kohlen ⚒ Kohlen
Briketts zu billigen Preisen
Brennholz Meter 4 M. empfiehlt den werten Genossen bei Bedarf
Louis Döring
Dr.-Hussitz, Kaiserstr. 18.
Kohlenfuhren vom Schacht werden prompt ausgeführt.

Herrschaftlich getragene **Herrenkleider** verkauft billig **Gebler,** Schneidermeister, **Trebgasse 8, 3.**

Schöne Wohnung, Stube, Kamm., Küche, Vorsaal, ist zu verm. u. Ostern z. bez. Trachau, Gohlitzer Str. 6, III. r.

Heute verschied nach langem Leiden mein lieber Gatte, unser Vater, der Steingutdreher
Max Fries
im Alter von 42 Jahren.
Dresden, den 8. März 1903.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch den 11. März (Bußtag), nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus, Buchenstr. 20, aus statt.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Kitzsche, Dresden.
Druck und Verlag von Naden & Romp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 56. | Dresden, Montag den 9. März 1903. | 14. Jahrgang.

Reichstag.

276. Sitzung. Sonnabend den 7. März 1903. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Thielmann, v. Gößler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

Abg. **Graf Oriola** (natl.): Der Major v. Tippelskirch, der Schatzsekretär v. Thielmann usw. haben die Härten und Unklarheiten des Militärpensionsgesetzes zugestanden, aber das Versprechen, ein Reformgesetz über diesen Gegenstand vorzulegen, ist nicht erfüllt worden. — Die Empörung über dies Verhalten greift in patriotischen, königstreuen Kreisen immer weiter um sich. Die Regierung beruft sich jetzt auf die schlechte Finanzlage; aber auch in den fetten Jahren haben wir vergebens an die Pforte des Schatzamts gepocht. Dadurch wird das Ansehen der Regierung und des Reiches geschädigt. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Kriegsminister **v. Gößler**: Das Militärpensionsgesetz ist noch nicht gekommen, weil man keine Forderungen stellen darf, wenn kein Geld da ist. Die Erwartungen, die durch die Reichstagsverhandlungen draußen im Lande erweckt werden, können nicht erfüllt werden aus Mangel an Mitteln. In dieser Session kann kein Militärpensionsgesetz mehr verabschiedet werden; es ist aber zu hoffen, daß die fortwährend eifrig gepflogenen Beratungen zwischen den einzelnen Ressorts über kurz oder lang ein positives Resultat zeitigen werden.

Abg. **Graf Roon** (kons.): Es ist dringend notwendig, daß endlich den Worten Taten folgen. Ich bin absolut außer stande, alle die Eingaben zu beantworten, die ich tagtäglich in dieser Sache empfange; ich muß den Leuten erklären: ich kann doch nichts machen, wie die Kriegsverwaltung nichts machen kann. (Heiterkeit.) Die Vorlegung eines Militärpensionsgesetzes noch in dieser Session ist eine politische Notwendigkeit. Nötigenfalls muß zu einer Biersteuer gegriffen werden. Ehe nicht die bescheidenen Forderungen unserer alten Offiziere und Soldaten erfüllt sind, werde ich gegen alle Luxusausgaben stimmen, z. B. gegen die Ausgabe für die Weltausstellung von St. Louis, und gegen die militärtechnische Hochschule und gegen die vielen großen Schießplätze, in denen ich keine Erhöhung unserer Wehrkraft erblicken kann.

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.): Im Namen meines abwesenden Freundes Dr. Arendt muß ich mich den Ausführungen der Grafen Roon und Oriola anschließen. Wir dürfen niemals Ausgaben beantragen, ohne für die nötige Deckung zu sorgen. (Abg. Schrader ruft: Reichseinkommensteuer!) Dafür wird der Bundesrat nie zu haben sein. Dagegen halte auch ich eine Biersteuer sehr wohl für möglich.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung der nachträglich der Budgetkommission überwiesenen Teile des **Postetats** (Assistenten- und Oberassistentenbesoldungen usw.). Die **Kommission**, Berichterstatter Dr. **Pansche** (natl.), beantragt, die Titel unverändert nach der Vorlage zu genehmigen, unter **Ablehnung** des Antrages **Müller-Sagan**, welcher Einstellung **weiterer 1000 Postassistentenstellen** verlangt.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (freis. Volksp.) hat seinen Antrag im Plenum wieder eingebracht und beantragt im Falle der Ablehnung desselben eine Resolution des Inhalts, die Tagegelder der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenbeamten derart zu erhöhen, daß ihre Einkommenbezüge nach Ablauf einer fünfjährigen Dienstzeit dem Diensteinkommen der etatsmäßig angestellten Assistenten entsprechen.

Abg. **v. Waldow-Reitzenstein** (kons.) beantragt eine Resolution des Inhalts, die etatsmäßigen Stellen für Postassistenten zu vermehren, sobald eine zunehmende Steigerung des Verkehrs die Verwendung einer höheren Zahl festangestellter Postbeamten irgend zulasse.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (freis. Volksp.): Wir halten an unserer alten Forderung fest, daß die in Aussicht gestellten 3000 Stellen geschaffen werden müssen und können Erhöhung der Diäten nicht als einen Ersatz ansehen. Wenn sich der Staatssekretär auf die ablehnende Haltung der Oberpostdirektionen beruft, so können wir darauf kein allzu großes Gewicht legen, da vielleicht schon in der Anfrage selbst ein Wink mit dem Zaunspfahl gelegen hat. Für den Fall der Ablehnung meines Antrags bitte ich das Haus, wenigstens meine Resolution anzunehmen.

Staatssekretär **Krätke**: Ich muß dagegen protestieren, daß mir andere als dienstliche Rücksichten untergeschoben werden. Wenn wir die Dienststunden vermindern, können wir allerdings noch mehr Beamte gebrauchen. Aber wir können nicht die Steuerzahler belasten lediglich um Beamte einzustellen (Sehr richtig!), zumal uns jetzt schon immer zugerufen wird: was macht ihr für schlechte Geschäfte! Ich bitte um Ablehnung des Antrags und der Resolution Müller-Sagan.

Abg. **v. Waldow-Reitzenstein** (kons.) empfiehlt seine Resolution. Die Annahme des Antrags Müller-Sagan würde die Fertigstellung des Etats bis zum 1. April in Frage stellen.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (freis. Volksp.): Ich halte es lieber mit einem gesunden Mißtrauen gegen die Regierung. (Heiterkeit.) Ich werde mich entschieden widersetzen, daß mein Antrag, der in der Kommission nur mit 13 gegen 12 Stimmen fiel, bei dieser schwachen Besetzung im Plenum zur Abstimmung kommt. (Unruhe rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident **Büsing** will zur Abstimmung schreiten, als

Abg. **Ledebour** (Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. (Bewegung.)

Vizepräsident **Büsing**: Das Bureau schließt sich diesem Zweifel an. Wir müssen die Beratung abbrechen. Ich berufe die nächste Sitzung an auf heute nachmittag 4 Uhr 30 Min. mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 4 Uhr.

277. Sitzung. Sonnabend den 7. März 1903, 4½ Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Gößler.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, gleich mit der zweiten Beratung des **Militäretats** zu beginnen. Ein Widerspruch erfolgt nicht. Die Beratung beginnt mit dem Titel **„Gehalt des Kriegsministers“**.

Abg. **Kunert** (Soz.): Das Versprechen, eine militärische Kriminalstatistik vorzulegen, ist nicht oder doch nur sehr unvollständig erfüllt worden. In 2400 Fällen ist auf „strengen Arrest“ erkannt worden. Der strenge Arrest ist eine barbarische Strafe, dessen Aufrechterhaltung dem Heere nicht zur Ehre gereicht. Die Zahl der angegebenen Fälle unvorschriftsmäßiger Behandlung der Untergebenen durch die Chargierten ist als lächerlich gering zu bezeichnen. Kaum der zehnte Teil der Fälle kommt ans Tageslicht; jeder der zugestandenen Fälle zerfällt, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, wieder in mindestens zehn Einzelfälle. Die Zahl der Soldatenmißhandlungen ist in den letzten Jahren keineswegs zurückgegangen, wie selbst Bebel eine Zeit lang geglaubt war zu glauben, sondern sie hat sich vermehrt. Den Soldaten, die in so bestialischer Weise malträtiert werden, muß im Militärstrafgesetzbuch das Recht des aktiven und passiven Widerstandes gegeben werden. (Große Unruhe und Lachen rechts.) In dem ekelhaften und widerlichen Rendsburger Fall hätte der betreffende Soldat menschenwürdiger behandelt, wenn er den Gehorsam verweigert hätte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es muß alles vermieden werden, was in unserer Armee die abscheulichen Mißhandlungen zu fördern geeignet ist. Dazu gehört der ganze veraltete Gamaschendienst, die Massenattacken der Kavallerie, der entwürdigende Burschendienst usw. Auch das mechanische Auswendiglernen der Felddienstordnung und der Daten aus der vaterländischen Geschichte gehört zu diesen veralteten Institutionen. Ebenso wird der „neue Griff“ mit seinen schwierigen Exekutionen eine Ursache zu neuen schlimmen Mißhandlungen werden. Die neuen Kriegsartikel gehen keineswegs scharf gegen die Mißhandlungen vor. Es müssen unbedingt in dem betreffenden Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs scharfe Strafbestimmungen dagegen eingeführt werden. In allen Truppenteilen zu Wasser und zu Lande sind wieder die schlimmsten Bordaneien und Bestialitäten vorgekommen. Die Henkersknechte des Mittelalters werden von ihren modernen Nachfolgern vielfach noch übertroffen. Das ganze Mißhandlungswesen ist das Symptom eines ungesunden Systems, das wir prinzipiell bekämpfen. Verweigerung von Gehorsam und Beleidigung von Vorgesetzten sind im Jahre 1901 über 1800 mal vorgekommen. Welch geringe Veranlassung reicht hier aus, um einem Manne fünf Jahre Zuchthaus zu verschaffen! Angesichts so schlimmer Verhältnisse werden die Wähler es sich demnächst doppelt überlegen, ob sie die militaristischen Parteien unterstützen wollen.

Bei den Manövermärschen werden alljährlich ungeheure Opfer an Menschengesundheit erfordert. Viele Manöver sind aber weniger auf den Krieg vorzubereiten, als nur spielerischen Zwecken zu dienen. Im Jahre 1898 wurde das eine Armeekorps vom Kaiser befehligt, der eine Brücke über die Weser schlagen ließ —

Präsident Graf **Ballestrem**: Sie dürfen hier keine militärischen Anordnungen des Kaisers kritisieren. (Bravo rechts.)

Abg. **Kunert** (Soz.): Ich habe kein Wort der Kritik gesagt.

Präsident Graf **Ballestrem**: Sie haben aber die Absicht dazu. Sie dürfen überhaupt nicht solche Maßnahmen besprechen, das führt zu weit. (Unruhe links.)

Abg. **Kunert**: Ich will beweisen, daß die Manöver ot: ihrem ernsten Charakter nicht entsprechen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Sie dürfen dabei den Kaiser nicht in die Debatte ziehen.

Abg. **Kunert**: Ich will es vermeiden, soweit es angängig ist.

Präsident Graf **Ballestrem**: Wenn ich es anordne, ist es angängig. (Heiterkeit.)

Abg. **Kunert** (fortfahrend): Der Sache wegen werde ich mich bescheiden. Der Uebergang des 10. Armeekorps über die Weser erfolgte auf zwei Brücken. Trotzdem die Gegner Zeit hatten, den Uebergang zu erkunden, merkte der General von Mikusch, der Führer des 2. Armeekorps, nichts von dem Uebergange. (Unruhe rechts. Abg. Dr. Arendt: Generalstabschef! Heiterkeit rechts.) Alle diese Manöver haben nur den einen Zweck, neue Kavallerieforderungen vorzubereiten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man will mehr Stellenversorgungen für die Söhne der Adeligen haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dazu ist ein Bedürfnis nach Vermehrung der Kavallerie nicht vorhanden. Es ist nicht zweifelhaft, daß eine Infanterie, die sich einigermaßen wehren kann, die Kavallerie bei einem Angriff über den Haufen schießen würde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Seit 1889 aber ist die Waffe der Infanterie noch verbessert worden durch Einführung des kleinkalibrigen Gewehres und des rauchlosen Pulvers. Trotzdem werden fortwährend neue Anläufe zur Vermehrung der Kavallerie gemacht. Der miles gloriosus spricht bei uns ein zu entscheidendes Wort. (Bravo! bei den Soz.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Montag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5¾ Uhr.

Die Dresdner Streiks im Jahre 1902.*)

Das Jahr 1902 war naturgemäß infolge der wirtschaftlichen Krise, die ihre dunklen Schwingen über das ganze vergangene Jahr von Anfang bis zu Ende breitete, ein verhältnismäßig ruhiges auch in Dresden. Dennoch kam es in einigen Berufen zu Konflikten, die aber alle bis auf einen oder zwei nur die Form von leichten Geplänkeln hatten. Immerhin erforderte es auf seiten der Gewerkschaftsbeamten große Umsicht und Vorsicht, um die Position der Berufsangehörigen ohne ernstere Konflikte gegenüber den Reduktionsgelüsten und Scharfmachermanieren der Unternehmer, denen in Zeiten der Krise ja immer der Kamm schwillt, zu halten.

Einen Kampf von geradezu prinzipieller Bedeutung führten die dem Metallarbeiterverbande angehörigen Goldschläger durch. Es handelte sich um die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau einer geradezu für andere Gewerbe vorbildlichen Tarifgemeinschaft. In mustergültiger Weise wurde dieser Kampf um die höchsten gewerkschaftlichen Ziele: das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, durchgefochten. Freilich kam den Kämpfenden der Umstand zu gute, daß mit wenigen Ausnahmen fast sämtliche Angehörigen des Berufs, auch die Arbeiterinnen, gewerkschaftlich organisiert waren. Vom 4. Juli, an welchem die 17[illegible] organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen des Gewerbes die Arbeit einmütig niederlegten, bis zum 8. September hielten die Kämpfenden mustergültig aus und mußte der Tarif, der u. a. die wertvolle Bestimmung enthält, daß nur organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen bei den der Tarifgemeinschaft angehörenden Unternehmern arbeiten dürfen, am 1. Oktober vorigen Jahres anerkannt werden.

Die Stukkateure traten am 1. April wegen Verschlechterungen des Lohntarifs in den Streik. Hier handelte es sich um die Erhaltung dessen, was man unter Opfern und Mühen in besseren wirtschaftlichen Zeiten errungen. Von den 149 hier in Dresden beschäftigten Arbeitern traten 90 in den Streik. Eine ganze Anzahl reiste ab. Schon nach wenigen Tagen kamen die Unternehmer und wünschten Verhandlungen, die denn auch zur Einigung führten, nachdem die Lohnreduzierungen wieder zurückgenommen waren.

Nicht so schnell erledigt war der Streik der Schuhmacher bei der Firma Eberle & Treidmann. Vom 5. August bis zum 5. Oktober dauerte der an allerlei Zwischenfällen reiche und von beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit und Erbitterung geführte Kampf, bei dem auch der Arbeitswilligenschutz durch die Polizei eine große Rolle spielte. Fünfmal wurden von den Streikenden Einigungsverhandlungen angebahnt, dreimal lehnte die Firma hartnäckig ab. Endlich mußte die Firma doch wohl einsehen, daß bei den minderwertigen Arbeitswilligen der Ruf der Firma dauernden Schaden leiden könnte, und bequemte sich zu Einigungsverhandlungen, die auch zu einem Resultat führten. Allerdings mußten vier der Streikenden auf Wiedereinstellung verzichten. Immerhin sind die Angriffe der Firma auf die Lebenshaltung der Arbeiter abgewehrt und die Anerkennung der Organisation errungen worden.

Einen schnellen Erfolg errangen die Brauereihilfsarbeiter. Wegen eines gemaßregelten Kollegen legten sie in einer Stärke von 100 Mann die Arbeit nieder und schon nach zwei Stunden hatten sie, dank ihres geschlossenen und entschlossenen Vorgehens, die Wiedereinstellung erreicht. Einige kleine Konflikte der Schneider in zwei Geschäften währten nur einen resp. einen halben Tag.

Gegen die Herabsetzung der Akkordlöhne richtete sich der Ausstand der Steinbildhauer bei drei Firmen, an dem 26 Mann beteiligt waren. Eine Firma bewilligte nach einigen Tagen, bei zwei anderen mußte zwei Wochen gestreikt werden, ehe sie zur Anerkennung der Forderung: 7 M. Mindestzeitlohn pro Tag, bewogen werden konnten.

*) Die thatsächlichen Angaben sind dem Jahresberichte des Gewerkschaftskartells entnommen. Exemplare sind in der Expedition der Arbeiter-Zeitung zu haben.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Dresden, den 9. März.

Abendöffnung und billige Eintrittskarten zur Thoma-Ausstellung. Die angekündigte Ausstellung von Werken Hans Thomas wurde gestern in Arnolds Kunstsalon eröffnet. Der Meister ist mit einer großen Anzahl seiner guten Gemälde und Lithographien vertreten, und das heißt für den, der Thomas gute Werke kennt: die Ausstellung ist außerordentlich wertvoll! Wir freuen uns daher, mitteilen zu können, daß uns Herr Gutbier, der Inhaber des Arnoldschen Salons, auf unser Ansuchen zu dieser Ausstellung billige Eintrittskarten für Mitglieder der Gewerkschaften zur Verfügung gestellt hat. Der gewöhnliche Eintrittspreis soll während der Dauer der Thoma-Ausstellung 1,50 M. betragen, die billigen Karten hingegen kosten nur 25 Pf. Das ist ja auch noch ein ganz schöner Pfennig Geld in diesen Zeiten, aber die Kunstliebenden unter den Gewerkschaftsmitgliedern sollen bedenken, daß es sich hier um die Kunst eines der allergrößten und menschlichsten deutschen Meister handelt. Auch vergleiche man, was man ausgeben muß, um zu anderen Kunstgenüssen, Theater-, Konzertbesuch 2c., zu gelangen.

Außerdem haben wir im Interesse der Käufer der billigen Eintrittskarten erreicht, daß die Thomaausstellung mindestens jede Woche einmal abends von 8—10 für die Inhaber jener Karten geöffnet ist. Die erste dieser Abendöffnungen findet kommenden Donnerstag statt. Unser Mitarbeiter Herr Walter Hofmann wird dann in der Ausstellung anwesend sein um zu führen und Erläuterungen zu geben.

Zum Teil werden die Gewerkschaftsvorstände selbst den Vertrieb der billigen Karten übernehmen, doch sind sie auch in der Volksbuchhandlung, Zwingerstraße 22, aber nur gegen Vorzeigung des Gewerkschaftsmitgliedsbuches zu kaufen. Der Arnoldsche Kunstsalon befindet sich Wilsdrufferstraße 1, 1., Ecke Altmarkt.

Bildende Kunst und Naturwissenschaften. Einer der Führer der Bewegung für Kunst im Handwerk ist der Münchner Bildhauer Hermann Obrist. Sein Weg führte ihn vom Studium der Naturwissenschaften zur Kunst. Also scheint er besonders berufen, auf die Frage: „Ist eine Bereicherung der bildenden Kunst durch die Naturwissenschaften möglich?“ eine Antwort zu erteilen. In einer im Münchner Akademischen Verein für bildende Kunst gehaltenen Vortrage trat er der Frage näher. Er gab zunächst seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ein ganz neuer Typ von Künstlern in der Entwickelung begriffen sei, der allerdings nicht aus der Sphäre des sattsam „Jugend- und Sezessionsstils“ mit seinen „teils scheußlichen, teils ordinären“ Erzeugnissen herkomme. Negativ ausgedrückt, ist dieser neue Typ das Resultat der Verneinung jedes Hilfsdienstes, jedes Kopierens überkommener Seile. Die Erfindungskraft, die Phantasie des jungen Künstlers kann sich nur frisch, unverbraucht und dauernd produktiv erhalten — und das ist ja kein neuer Gedanke — durch eine innige Versenkung in das Studium der lebendigen Natur. Die bildende Kunst als gesteigerte Synthese der lebendigen Daseinsformen muß im steten Kontakt mit den tausendfältigen Erscheinungen des Naturlebens stehen. Die Einflüsse der organischen Naturwissenschaften auf die bildende Kunst liegen in der künstlerischen Verwertung der unermeßlichen Schätze, die durch die induktive Forscherarbeit, namentlich der letzten fünfzig Jahre, gesammelt sind und die dem Wissen der Künstler nun zuzuführen sind. Zum Beispiel konnten viele der großen Plainairisten und Impressionisten ihre neuen, zauberischen Wirkungen nur erstehen lassen durch genaue Kenntnis der Gesetze der Vibration des Lichts, des Wechsels der Farbe mit der Beleuchtung 2c.

Bisher stand mehr oder minder der Künstler der Natur subjektiv gegenüber; ihre Erscheinungen wirkten auf ihn als persönliche Stimmungserreger; aber das Moment der geistigen Erkenntnis des in der Natur Beobachteten fehlt ihm. Die Naturwissenschaften aber zeigen objektiv, wie Tier und Pflanze als Teile des beseelten Weltorganismus selber leiden, leben, kämpfen und untergehen. In der künstlerischen Verwertung dieser Erkenntnis liegen der Zukunft Quellen. So lautet die Parole: hinaus aus dem künstlich verdunkelten Atelier, hinein in die freie Natur, um mit wissenschaftlich geeeitem Blick die unendlichen Phasen des Keimens und Wachsens, die Myriaden Formen der pflanzlichen Bewegung im Emporstreben, Hängen, Klettern, Kauern und Klammern, die architektonischen Strukturen der Felsbildungen, den Sturz der Kaskade, die tektonischen Geheimnisse der mikroskopischen Welt zu betrachten und aus diesem unermeßlichen Schatz von lebendigen Formen und wechselnden Strukturen die künstlerische Phantasie stets aufs neue zu befruchten. Verkehrt wäre es natürlich nun, etwa zu fordern, der Künstler solle zugleich Botaniker oder Zoologe sein, nein, nur sein Wissen um die Natur soll er steigern, seine Kenntnis um die organische Formbildung in der freien Natur bereichern. Seiner freigestaltenden Phantasie bleibt dann immer noch genug Spielraum. Anfänge zur Besserung zeigen sich ja schon im modernen Kunstgewerbe: Buchschmuck, Schulenkonstruktion, Tapetenkunst, Stickerei, Brunnenkunst, sie nehmen schon ihre Motive aus der organischen Natur. Mit einem utopistischen Ausblick auf eine dereinst kommende ideale Verbindung von Universität, Polytechnikum und Akademie schloß Obrist seinen gedankenreichen Vortrag.

Wir benutzen die Gelegenheit und weisen an dieser Stelle darauf hin, daß soeben im Verlage von Eugen Diederichs in Leipzig ein Buch erschienen ist, in dem eine Anzahl Obristscher Essais unter dem bezeichnenden Titel: Neue Möglichkeiten der bildenden Kunst vereint sind. Das Buch ist reich an klugen Gesichtspunkten, die nur ein Praktiker zu geben vermag.

Moderne Volkserziehungsbestrebungen. Gegen schlechte Litteratur wird die neugegründete Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung demnächst einen Schlag führen. Wird's auch immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein, so ist's doch unbedingt anerkennenswert. Der Zweck der genannten Stiftung ist, „hervorragenden Dichtern durch Verbreitung ihrer Werke ein Denkmal im Herzen des deutschen Volkes zu setzen“. Es sollen in diesem Jahre 500 Volksbibliotheken in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz mit je sieben Werken unterstützt werden. Fünf Werke sollen von den betreffenden Verlagsbuchhandlungen in einer Auflage von je 500 Exemplaren angekauft werden; wir nennen darunter Marie v. Ebner-Eschenbachs Gemeindekind, Fontanes Grete Minde, eine Auswahl der Deutschen Sagen der Brüder Grimm und Rosseggers frische Erzählungen „Als ich noch der Waldbauernbub' war“. Wie man sieht, handelt es sich darum, Meisterwerke unserer Litteratur in möglichst weite Kreise zu tragen; man hofft auch, damit der schlechten Litteratur am sichersten den Boden abzugraben. Zwei andere Bücher (Kleists Michael Kohlhaas und ein Band Ausgewählte humoristische Erzählungen) werden von der Stiftung selbst in guter Ausstattung hergestellt und zu billigem Preise in den Buchhandel gebracht werden. Wer der Stiftung mit einem Jahresbeitrage von mindestens 2 M. beitritt, erhält eins dieser Bücher zugesandt. Bewerbungen von Volksbibliotheken um Zuwendung der Bücher können an den Schriftführer der Stiftung, Dr. Ernst Schulze-Hamburg, gerichtet werden.

An den bisher in Berlin veranstalteten sieben Jugendkonzerten haben sich von 576 eingeladenen Schulen 254 beteiligt, und zwar: von 214 höheren Schulen Berlins und der Vororte 57, von 260 Gemeindeschulen in Berlin 165, von 162 Gemeindeschulen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19030309/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Auch die **Bauarbeiter-Berufe** hatten eine Unmasse kleinerer Geplänkel. Das Bestreben, die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zur Herabdrückung der Löhne usw. zu benutzen, war zweifellos vorhanden und es bedurfte der unermüdlichen Arbeit der Organisationsleitungen, einigermaßen die Lohnbedingungen aufrecht zu erhalten, ohne es doch zu größeren Konflikten kommen zu lassen, die bei der Ungunst der Zeiten verhängnisvoll hätten werden können. Bei allen Sperren, die bei solcher Konjunktur als geeignetes Kampfmittel galten, handelte es sich um Abwehr-Maßnahmen und in den meisten Fällen haben sie auch Erfolg gehabt.

Die Töpfer, die ja bekanntlich über vorbildliche Organisationsverhältnisse verfügen und feste Tarife haben, sperrten einen Unternehmer, der aus der Reihe tanzen wollte und er mußte sehr bald sich zum Besseren bekehren.

Außerordentlich unter Arbeitslosigkeit hatten in den vergangenen Jahren die **Steinarbeiter** zu leiden. Und es verdient Anerkennung, wenn sie trotzdem eifrig darüber wachen, daß ihre Vereinbarungen, die sie mit den Unternehmern in guten Jahren getroffen, auch in schlechten hochgehalten werden. Freilich sind die Unternehmer immer geneigt, Vereinbarungen in solchen für die Arbeiter ungünstig liegenden Zeiten zu durchbrechen. Wenn aber die Arbeiter umgekehrt dasselbe tun würden, dann würde über Treubruch rc. geziert. In den drei Konflikten, die sie durchführten, ist leider ein wesentlicher Erfolg nicht erzielt worden.

So sehen wir denn aus den Kämpfen des verflossenen Jahres, daß die Arbeiter genug zu tun hatten, um den Machtgelüsten des Unternehmertums gegenüber Stand zu halten. Sie mußten sich naturgemäß auf die Defensive beschränken. Sie waren es, die die **Ordnung** im Gewerbe aufrecht zu erhalten suchten, indem sie die Tarifgemeinschaften hochhielten, die für beide Teile nur von Vorteil sind, und an die Stelle fortwährenden Kampfes ein — soweit es unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt möglich ist — erträgliches Verhältnis stellen. Mancher Unternehmer freilich in seinem Herrendünkel findet es unerhört, daß die Arbeiter bei dem Verkaufe ihrer Ware Arbeitskraft auch etwas mit dreinreden wollen. Solche Leute müssen **eben von den Gewerkschaftsorganisationen** erzogen werden.

Daß die Arbeiter trotz der ungünstigen Zeiten das konnten, das verdanken sie dem immer besseren Ausbau ihrer Organisationen. Wo wären die Dresdner Arbeiter bei der arbeiterfeindlichen Art der hiesigen Unternehmer hingekommen, wenn sie nicht ihren Halt in den Organisationen hätten. Darum muß es eine Ehrenpflicht für jeden Dresdner Arbeiter sein, der in irgend einem Arbeitsverhältnis steht, neben der politischen auch der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Um politisch sich betätigen zu können, muß er sich den Rücken decken, indem er sich wirtschaftlich schützt. m.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Verleumdungssucht sächsischer Amtsblätter

gegen die organisierten Arbeiter hat wieder einmal eine allerliebste Blüte gezeitigt. Es macht nämlich jetzt folgende Notiz die Runde durch diese sächsischen Preßorgane:

— **Sozialdemokratie und Krankenkassen.** Die ministerielle Leipziger Zeitung schrieb kürzlich, daß man von den konservativen Parteien bis in den Freisinn hinein Kreuzeln dagegen fordere, daß die Sozialdemokratie die Krankenkassen für ihre parteipolitischen Zwecke ausnutze. Bisher sei dies in ziemlich umfangreicher Weise geschehen: Die Sozialdemokraten hätten Zentralkommissionen für jeden Kassenbezirk eingesetzt, die sich gerehmt als Aufsichtsorgane gäben und namentlich den Arbeitgebern die Mitarbeit in den Kassenvorständen zu verleiden suchten. Vielfach beherrsche ohnedies die Sozialdemokratie die Krankenkassen vollständig, sie verteile nicht nur **an ihre zuverlässigsten Stützen die angenehmen Posten**, sondern prüfe an den Kassenorganisationen selbst auch ihre Macht. Die Apotheker- und Ärztebojkotts beleuchteten diese Seite des sozialdemokratischen Einflusses auf die Krankenkassen sehr deutlich. Außerdem sei bekannt, daß die Sozialdemokratie auch aus ihrer Machtstellung in diesen Organisationen **materielle Vorteile für ihre Parteikasse** herauszuschlagen bestrebt sei. — Die sozialdemokratische Presse nahm diesen Beschuldigungen gegenüber eine sehr erzürnte Haltung ein und forderte Beweise. „Diese beizubringen," schreibt das konservative Vaterland, „ist nicht schwer, denn es ist allbekannt, daß sozialdemokratische Agitatoren in Krankenkassen **Beamtenstellen** innehaben und nicht zu bestreiten, daß **Lieferungen und Arbeiten** für Krankenkassen, die früher Angehörigen anderer Parteien übertragen waren, später an Sozialdemokraten vergeben worden sind, nur um einem „Genossen" einen Verdienst zuzuschanzen. Daß damit Parteizwecke verfolgt wurden, liegt auf der Hand."

So ungefähr haben die beiden Blätter allerdings verlacht, die Sozialdemokraten in den Verwaltungen der Ortskrankenkassen zu verleumden. Und die Amtsblätter bleiben nur ihrem bisherigen Verfahren getreu, wenn sie diese wahrheitswidrigen Behauptungen nach dem Grundsatze: etwas bleibt doch hängen, weiter kolportieren.

Inzwischen hat aber in Chemnitz am 2. März die Generalversammlung der freien Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen getagt, wo diese **Verleumdungen gekennzeichnet und die falschen Behauptungen auch von konservativen Vertretern der Arbeitgeber als unwahr zurückgewiesen worden sind.** Davon haben diese Amtsblätter, die jetzt die Verleumdungen der beiden oben erwähnten Zeitungen reproduzieren, ihren Lesern kein Wort verraten. Diese Amtsblätter haben also folgende für ihr moralisches Niveau bezeichnende Handlung fertig gebracht: Sie kommen in Besitz von verleumderischen Behauptungen, von denen sie wissen oder wenigstens wissen müssen, daß sie längst endgültig als unwahr abgetan sind, dennoch verbreiten sie die falschen Behauptungen **unter gleichzeitiger Unterschlagung der Thatsache, daß längst nachgewiesen ist, daß sie völlig aus der Luft gegriffen sind.**

Pfui Teufel! Mit solchen — Blättern muß man sich herumschlagen!

Die Vorschriften über den Transport von Gefangenen hat die sächsische Regierung abgeändert. Die Verordnung wird im Justizministerialblatt veröffentlicht und lautet:

Der Gefangene darf nur gefesselt werden, wenn es wegen besonderer Gefährlichkeit seiner Person, namentlich zur Sicherung anderer, oder wegen der Gefahr der Selbstentleibung oder wegen Fluchtgefahr unerläßlich erscheint. Fluchtgefahr wird bei männlichen zu Zuchthaus verurteilten Personen regelmäßig vorausgesetzt. Die Entschließung über Fesselung oder Nichtfesselung eines zu transportierenden Gefangenen und über die Art der Fesselung liegt, soweit nicht darüber anders bestimmt wird, dem Richter oder Staatsanwalt ob, der den Transportbefehl (Haft-, Vorführungs-, Ueberführungsbefehl) erläßt. Die verwahrende Stelle kann die Fesselung auch dann anordnen, wenn der Transportbefehl die Fesselung untersagt oder nicht verordnet, sofern ihr während der Verwahrung Umstände bekannt werden, die die Fesselung rechtfertigen. Umgekehrt kann sie die im Transportbefehle gegebene Anordnung der Fesselung wieder aufheben, wenn die hierfür vorgeschriebenen Umstände eintreten. Die Weisung der Fesselung oder Nichtfesselung und über die Art der Fesselung sowie alle hierauf bezüglichen Mitteilungen sind in knapper Form auf den Transportbefehl zu schreiben. Ueber Fesselung oder Entfesselung sowie über die Art der Fesselung steht während des Transportes dem Diener die selbständige Entschließung zu, wenn unvorhergesehene Umstände eintreten, die ein Abweichen von der erteilten Weisung geboten erscheinen lassen. Widerspricht der Gefangene in dem zuletzt angehörten Falle der Fesselung oder der Art der Fessel, oder widerspricht er der von dem Diener verfügten Anwendung anderer Fluchterschwerungsmittel, so ist, wenn es ohne erheblichen Verzug und ohne Gefährdung des Transportes geschehen kann, die Entschließung der verwahrenden Stelle oder, wenn eine Verwahrung vorher nicht stattgefunden hat, der Stelle, die den Transportbefehl erlassen hat, einzuholen.

Die Anregung zu diesen neuen Vorschriften sind offenbar vom Reichsjustizamt ausgegangen, denn dort sind nach Erklärungen des Staatssekretärs Nieberding im Reichstage kürzlich bestimmte Grundsätze ausgearbeitet worden, die man den Regierungen der Einzelstaaten zugestellt hat. Leider kann man dem Staatssekretär Nieberding darin nicht zustimmen, daß durch die neuen Grundsätze ein sachlich befriedigender Zustand geschaffen werde. Es lassen im Gegenteil auch die neuen Vorschriften der willkürlichen Entschließung einen breiten Spielraum. Es läßt sich darüber streiten, ob die neue Verordnung gegenüber der bisherigen eine Verbesserung bedeutet. Bisher waren die Vorschriften im § 2000 der Justizordnung bestimmend. Darin heißt es:

Im Notfalle ist der Gefangene zu fesseln, namentlich
a) wenn er früher schon sich als gewalttätig gezeigt oder einen Fluchtversuch unternommen hat oder doch hierzu geneigt erscheint;
b) wenn er eines schweren Verbrechens beschuldigt oder zu Todesstrafe, Zuchthaus oder längerer Gefängnisstrafe verurteilt ist;
c) wenn der Transport während der Dunkelheit ausgeführt werden muß.

Der letzte Teil der neuen Verordnung stimmt sachlich, zum Teil wörtlich mit dem § 2000 der Justizordnung überein. Dagegen fehlt in der neuen Vorschrift der charakteristische Satz: „Die Flucht kann auch durch andere geeignete Mittel, z. B. durch **Abnahme der Hosenträger** erschwert werden."

Der Leser kann aus einem Vergleiche zwischen den zitierten Grundsätzen aus der Justizordnung für die Fesselung Gefangener und den neuen Vorschriften leicht feststellen, daß ein wesentlicher Fortschritt nicht zu verzeichnen ist. Ein Vorteil wäre allerdings gegen den bisherigen Zustand schon, wenn für ganz Deutschland einheitliche Bestimmungen erreicht worden wären.

Schneidig, aber nicht gesetzeskundig. Von jedem gewöhnlichen Menschen wird erwartet, daß er über alle möglichen Vorschriften und Gesetze Bescheid weiß. Dagegen erlebt man nicht selten, daß gerade **solche** Leute eine auffällige Unkenntnis gesetzlicher Bestimmungen an den Tag legen, die von Amtswegen genau damit Bescheid wissen sollten. Der Gemeindevorstand in **Göppersdorf** bei Chemnitz bereitete kürzlich einem Arbeiter durch seine Unkenntnis gesetzlicher Bestimmungen Umstände und Zeitversäumnis. Der Arbeiter, der 27 Jahre alt ist, ersuchte den Gemeindevorstand um einen Ausweis, damit er an der Gewerbegerichtswahl teilnehmen könne. Wahlberechtigt ist bekanntlich, wer 25 Jahre alt ist. Das wußte der Gemeindevorstand, der **auch sächsischer Landtagsabgeordneter ist, nicht.** Er schickte dem Arbeiter sein Gesuch zurück und schrieb auf die Rückseite folgenden Bescheid:

„mit dem Bemerken zurück, daß er nicht wahlberechtigt ist bez. stimmberechtigt bei den Wahlen zu Gewerbegerichten, weil er das dreißigste Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Fritzsching, Gemeindevorstand."

Der Gemeindevorstand und Landtagsabgeordnete kennt nicht nur nicht das Gesetz über die Gewerbegerichte, sondern es ist ihm auch anscheinend unbekannt, **in welchen Ausdrücken man zu erwachsenen Personen zu reden hat.** Auf ostelbischen Gütern ist es noch gebräuchlich, daß der gnädige Herr „seine" Arbeiter mit „Er" und „Ihr" anredet. Bei uns in Sachsen haben die Arbeiter aber für derartige „patriarchalische" Umgangsformen kein Verständnis und sie verlangen deshalb, daß sie mit „Sie" angeredet werden. Sintemalen der Herr Gemeindevorstand und Landtagsabgeordnete sicher nicht in die liebenswürdigste Laune versetzt werden würde, wenn ein Arbeiter zu ihm ins Amtszimmer käme und ihn mit dem lieblichen „Er" anreden würde.

Das Reichstagskartell scheint in einigen Kreisen wieder ganz bedenklich zu wackeln. Wir haben schon gemeldet, daß im 9. Reichstagswahlkreise die Nationalliberalen nicht mitmachen wollen, wenn Oertel wieder aufgestellt wird. Nachdem das geschehen ist, wollen sie einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Jetzt scheint das Kartell auch im 14. Reichstagswahlkreise gefährdet zu sein. Das Peniger Amtsblatt macht nämlich Front gegen den agrarischen Kandidaten Platzmann und schreibt: „Schon viel zu lange hat ein **extrem agrarischer** Rittergutsbesitzer unsern Wahlkreis vertreten, so daß es nur recht und billig ist, daß nun auch Handel, Industrie und Gewerbe einmal daran denken, **einen Kandidaten aufzustellen.** Wir wollen nicht vergessen, daß unser Wahlkreis nicht in Ostpreußen, sondern in einem hochentwickelten Industrie- und Kulturstaat liegt. Der **liberale Kandidat** ist ein hochangesehener Industrieller, der auch größeren ländlichen Grundbesitz in unserem Kreise hat und neben wirklicher Bildung ein gediegenes Wissen mit praktischer Lebensanschauung verbindet." Danach zu urteilen, hat man sich über einen liberalen Kandidaten bereits schlüssig gemacht.

Reichstagskandidaturen. Aus dem 23. sächsischen Reichstagswahlkreise wird uns geschrieben: Auf einer Stiftungsfeier des freisinnigen Volksvereins in **Plauen i. V.** erklärte der Vorsitzende, Fabrikant **Günther**, gelegentlich der Festrede, daß beschlossen worden sei, zur kommenden Reichstagswahl den Fabrikanten v. **Schwarze** aufzustellen. Demnach haben die Parteigenossen des 23. Wahlkreises nunmehr mit vier Kandidaten zu rechnen und ist bestimmt eine **Stichwahl** in Aussicht zu stellen. Da bei der Wahl 1898 die freisinnige Volkspartei nur 2962, der konservative Kandidat **Zeidler** 11 582 und Genosse **Gerisch** 9744 Stimmen erhielt, kann es sich bei der freisinnigen Volkspartei nur um eine Zählkandidatur handeln. Bei der Stichwahl erhielt sodann **Zeidler** 14 388 und Genosse **Gerisch** 13 890 Stimmen. Als Ordnungskandidat für die bevorstehende Reichstagswahl wurde im 19. Wahlkreise (Stollberg) von seiten der Ordnungsparteien Bürgermeister Dr. v. Woydt in Schneeberg aufgestellt. Nach dem Kartellvertrag war im 19. Wahlkreise dem Bunde der Landwirte das Vorschlagsrecht gelassen worden.

Im 22. **Reichstagswahlkreise** (Reichenbach-Kirchberg), den jetzt Genosse Hofmann vertritt, ist es jetzt den „Ordnungs"parteien gelungen, für sich einen Kandidaten auf den Schild zu erheben. In einer in den letzten Tagen in **Reichenbach** i. V. stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung der Vertrauensleute der Mischmasch-Parteien ist, man erschrecke nicht, der Exjesuit Graf v. **Hoenbroech** als **Kandidat für den 22. Reichstagswahlkreis** aufgestellt worden. Er hat versprochen, falls er gewählt wird, im Reichstage die Interessen der Landwirtschaft, der Industrie und auch der **evangelisch** gesinnten Arbeiter zu vertreten. Durch diese Kandidatur des Exjesuiten **Hoensbroech** wird die Wahlbewegung im 22. Wahlkreise einen bemerkenswerten konfessionellen Nebengeschmack erhalten, da die „Los von Rom-Bewegung" sich schon längst einen ausgesprochenen Vertreter ihrer Richtung in den Reichstag gewünscht hat, um dort ihre Interessen vertreten zu sehen.

Arnsdorf. Wegen bis dahin noch unterlassener Berichtigung des letzten Termins der Gemeindeanlagen im Betrage von 85 Pf. wurde über einen Geschäftsmann, ohne daß er vorher, wie er behauptet, erst gemahnt wurde, das Verbot des Besuches von Schankstätten und öffentlichen Vergnügungslokalitäten verhängt. Die Zuschrift lautet wörtlich:

Herrn N. N. in Arnsdorf. Ihnen ist laut Beschluß des Gemeinderats vom 16. Februar 1903 auf Grund des Regulativs,

---

der Vororte 31. Die sieben Konzerte wurden von rund 14 000 Kindern besucht. Von anderen deutschen Städten sind bisher Leipzig, Breslau, Posen und Stettin dem Beispiel von Berlin gefolgt. Und Dresden?

Ein revidiertes Urteil Tolstois über die gewesene **sächsische Kronprinzessin** wird bekannt. Unlängst veröffentlichten wir einen Brief des Grafen Leo Tolstoi an den Londoner Korrespondenten eines New-Yorker Blattes, der ein Urteil Tolstois über die Handlungsweise Luises von Toskana enthielt. Der Brief begann zwar mit den Bibelworten „Richte nicht, damit Du nicht gerichtet werst!", lief dann aber in eine herbe Verurteilung der Prinzessin Luise aus. Der Brief stand mit der oft bekundeten Denkweise Tolstois in vielfachem Widerspruch. Nun hat sich ein Mitarbeiter des Berliner Tageblatts an Tolstoi mit der Bitte um eine nähere Begründung oder um eine Revision seines Urteils über Luise von Toskana gewandt. Gleichzeitig legte der Schreiber des Briefes dem Grafen Tolstoi nochmals die Einzelheiten des Schicksals der Prinzessin Luise dar. Hierauf traf alsbald folgendes vom 28. Februar datiertes Schreiben Tolstois ein:

„Ich habe Ihren Brief erhalten und glaube, daß Sie vollkommen recht haben. Die Geschichte meines Briefes ist die folgende: Ein gewisser Herr Morrisson schrieb mir, er habe gehört, daß meine Schriften auf die Prinzessin Luise von Einfluß waren, und fragte mich, wie ich ihre Handlung ansah. Unter anderen Briefen diktierte ich meiner Tochter, weil ich mich zu schwach und verstimmt fühlte, um selber zu schreiben, auch den an Herrn Morrisson und hatte dabei die Absicht, ihn von neuem durchzusehen. Leider wurde aber der Brief am anderen Tage schon abgeschickt. Da ich selber mit dem Inhalt des Briefes wegen seiner Härte und unchristlichen Gesinnung unzufrieden war, und obgleich ich nicht voraussetzen konnte, daß er veröffentlicht sein könnte, schrieb ich an Herrn Morrisson folgendes: „Ich bin betrübt, diesen Brief, in dem ich meiner Meinung über die Handlungsweise der Prinzessin Ausdruck gab, geschrieben zu haben. Ich habe nicht das moralische Recht, dies zu thun, und als ein Mensch, der nach Christi Vorbild zu leben versucht, hätte ich es nicht thun sollen." Außerdem schrieb ich an demselben Tage an meinen Freund W. T. in England und bat ihn, im Falle, daß mein Brief an Morrisson veröffentlicht sein würde, mein Bedauern über dessen Inhalt in den englischen Zeitungen zu veröffentlichen.

Ich danke für Ihren Brief und sage noch einmal, daß ich **als Mensch**, der nach Christi Gesetzen zu leben strebt, **mich nicht im Rechte fühle, einen Stein auf die unglückliche Frau zu werfen** und die **Veröffentlichung** meines harten und unchristlichen **Briefes sehr bedauere.** Ich überlasse Ihnen, über diesen meinen Brief nach Ihrem Gutachten zu verfügen."

Dresdner Kunstchronik. [Theater.] **Wochenplan** der kgl. **Hoftheater. Opernhaus:** Dienstag: Sechstes Sinfonie-Konzert Reihe A. Anfang 7 Uhr. — Mittwoch: Geschlossen. — Donnerstag: Lohengrin. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Zar und Zimmermann. Anfang ½8 Uhr. — Sonnabend: Der Mikado. Anfang ½8 Uhr. — Sonntag den 15. März: Odysseus' Heimkehr. Anfang 7 Uhr. —

Schauspielhaus: Dienstag: Minna Barnhelm. Anfang ½8 Uhr. — Mittwoch: Geschlossen. — Donnerstag: Wilhelm Tell. Anfang ½7 Uhr. — Freitag: Esther. Der zerbrochene Krug. Anfang ½8 Uhr. — Sonnabend: Der Widerspenstigen Zähmung. Anfang ½8 Uhr. — Sonntag den 15. März: Für die Mittwoch-Abonnenten des 11. März: Saphho. Saphho: Fräulein Runegg als Gast. Anfang 7 Uhr.

Felix **Schweighofer** wird einmalig und zwar am Dienstag, in **Anzengrubers** Volksstück **Alte Wiener** im **Residenztheater** auftreten, in einer Komödie, die für Dresden völlig neu ist. Eine Wiederholung der Vorstellung, die zu gunsten des Vereins Dresdner Presse stattfindet, kann nicht erfolgen, „weil der große Andrang zu den Aufführungen des Schwankes **Der Detektiv** eine längere Unterbrechung der Wiederholungen nicht gestattet und das Gastspiel überhaupt nur noch vier Tage währt", d. h. also, der Schwank zieht besser als Anzengruber. Mittwoch bleibt des Bußtags wegen das Theater geschlossen. Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag (letztes Auftreten **Schweighofers**) geht dann **Der Detektiv** wieder in Szene.

Die Dispositionen des **Residenztheaters** gestalten sich für die kommende Zeit wie folgt: Herr Felix Schweighofer beendet am Sonntag den 15. März sein Gastspiel in Der Detektiv. Am Montag den 16. März geht eine Novität von Zabel und L'Allemand: **Heidesröslein** in Szene und am 19. März wird zum Benefiz für Herrn Kapellmeister **Rudolf Dellinger** dessen erfolgreichstes Werk **Jadwiga** neu einstudiert. Herr Albert Paul beginnt sein Gastspiel am 25. d. M. in einem von dem Künstler selbst verfaßten Einakter **Russisch** und in dem Lustspiel **Der Leibarzt.**

Das **Zentraltheater** veranstaltet Dienstag den 10. März eine Schauspielaufführung: die französische Semiarionskomödie **Am Telephon** mit Herrn Thurner als Gast, das einaktige Drama **Ehrenschulden** von **Paul Heyse** mit Herrn Hofschauspieler Sarcke als Gast und das einaktige Charakterstück **Der Bildschnitzer** von Schönherr. Die Vorstellung beginnt halb 8 Uhr.

[Musik.] Am Bußtage nachmittags 3 Uhr Kirchenkonzert in der Markuskirche zu Pieschen: Oratorium **Paulus** (1. Teil) von Mendelssohn-Bartholdy, Leitung: Herr Chordirigent Nötzold, Orgelbegleitung: Herr Kirchschullehrer Melchior, Chor: Kirchenchor und Kirchenchorgesangverein, Solisten: Frau A. Wachter, Fräulein M. Bruck, Herr B. Sewitz und Herr E. Piehler, Orchester: die R. Eilers-Kapelle. Eintrittskarten sind im Kirchenamte (Markus-Straße 2) zu haben.

[Bildende Künste.] Das Plakat für die **Sächsische Kunstausstellung Dresden 1903** wird in diesen Tagen ausgegeben. Der Entwurf rührt von dem Dresdner Maler Hans Unger her und zeigt einen Frauenkopf vor einer Frühlingslandschaft mit heimischen Motiven.

Im Kunstsalon **Ernst Arnold**, Wilsdruffer Straße 1, wurde gestern die umfangreiche Sonder-Ausstellung von **Hans Thoma** eröffnet. Sie umfaßt gegen 50 Gemälde aus allen Schaffensperioden dieses hervorragenden Meisters, unter anderen Die Grablegung, Felsenthal, Paradies, Engelwolke, Quellnymphe, Siegfried und Brunhilde, Bogenschützen, Christus und Magdalena, Schwarzwaldflora, Rettung, Herbstmorgen im Schwarzwald, Wasserfälle von Tivoli, Rheinlandschaft mit Fischer, Kaufende Jungen und andere mehr. Außer den Gemälden werden noch sämtliche Original-Radierungen sowie Original-Lithographien und der I. und II. Band des immerwährenden Bilderkalenders ausgestellt.

Die **Ausstellung der Elbier in Emil Richters Kunstsalon** wurde geschlossen. Der Wiener Hagenbund, von dessen Mitgliedern seit Jahren nichts in Dresden war, tritt an die Stelle der Elbier.

Im **Kunstgewerbemuseum** sind drei Sonderausstellungen zu sehen. Es sind dies: 1. bis 15. März ein Wettbewerb der Zeichenlehrer-Aspiranten und des dritten Jahreskurses der Vorschule der königl. Kunstgewerbeschule (Entwurf zu einer Buchdecke und zu einer Zimmerdecke); 2. bis mit 22. März eine Anzahl Entwürfe moderner Dekorationsmalereien von Herrn Christian Heyel, Pirnaische Straße; 3. bis auf weiteres eine größere Sammlung moderner Erzeugnisse der Firma Villeroy & Boch, Dresden.

Litterarische Gesellschaft. Heute abend wird Dr. **Bruno Wille**, Berlin, einen Vortrag über Zolas Weltanschauung halten und darauf Dr. Fr. **Kummer** Mitteilungen über den Dichter Oskar Wilde bringen, dessen Drama Salome in der Matinee Sonntag den 15. März aufgeführt werden soll.

Eine Protestversammlung gegen die Theaterzensur hat am gestrigen Sonntag der **Berliner Goethebund** in der Philharmonie

betreffend die Ausschließung säumiger Abgabenpflichtiger von öffentlichen Vergnügungsorten, der Besuch von Gast- und Schankwirtschaften verboten worden. Indem wir Ihnen solches mitteilen, wird Ihnen zugleich die Verpflichtung auferlegt, Ihnen (!), wenn Sie in einem Lokal erscheinen, aus denselben wegzuweisen, und dafern dies erfolglos geblieben ist, polizeiliche Hilfe zur Durchführung des Verbots anzurufen. (Der arme Mann soll sich nach dem wundervoll stilisierten Schreiben zunächst selbst ausweisen, wenn er seinem eigenen Befehle nicht Folge leistet, die Polizeimacht zur Hinausbeförderung seiner eigenen Person requirieren. Ein wunderbares Verlangen! D. R.) Die Nichterfüllung der vorgenannten Verpflichtung wird mit Geldstrafe bis zu 100 M. beziehentlich acht Tagen Haft bestraft. (Wenn der Mann die Polizei nicht gegen seine eigene Person zu Hilfe ruft, wird er bestraft. D. R.)

Arnsdorf, den 17. Februar 1903.

Der Gemeinderat.
Träber, Gemeindevorstand.

Man macht also kurzen Prozeß, unbeschadet dessen, ob ein Geschäftsmann dadurch im Ansehen und Kredit geschädigt wird. Das ist jedenfalls eine sonderbare Art Mittelstandspolitik. Der Gemeindevorstand Träber ist der konservativ-agrarisch-fortschrittlich-antisemitische Landtagsabgeordnete für den 9. ländlichen Wahlkreis.

Schönfeld bei Pillnitz. Die letzten Wahlen zu unserem Gemeinderate sind unter eigentümlichen Umständen vollzogen worden. Bei der ersten Wahl am 13. Dezember v. J. hatte der Gemeindevorstand unterlassen, bekannt zu geben, daß die Wählerliste ausliegt und auch den Wahltermin zu spät festgesetzt. Dieses vorschriftswidrige Vorgehen veranlaßte einen hiesigen Einwohner, Beschwerde gegen die Vornahme der Wahl zu führen. Der Einspruch war jedoch erfolglos. Bei der Wahl wurden nun die Kandidaten der Opposition alle gewählt. Das hatten die Gegner nicht erwartet. Sie waren erst wie vor den Kopf geschlagen, dann aber kam ihre Empörung zum Ausdruck. Was war hier zu machen? Die Wahl war zwar nicht vorschriftsmäßig vor sich gegangen, aber man hatte auch einen Einspruch dagegen zurückgewiesen. Da konnte man sich doch nicht selbst auf die ungenügende Bekanntmachung und darauf stützen, daß die Wählerlisten nicht ausgelegt worden waren. Schließlich, als sich kein anderer Ausweg fand, versuchte man es doch. Der Gemeindeälteste Elsner, der mit von dem Gedränge ereilt wurde, durchzufallen, erhob, gestützt auf die oben erwähnten Mängel, Protest gegen die Wahl, und zwar mit Erfolg. Dagegen hatte die zweite Wahl, die am 28. Januar stattfand, in der Hauptsache keinen anderen Erfolg. Die Liste der Opposition ging wieder durch. E. Fiedler versuchte man erst unter allerdings recht sonderbaren Umständen den Eintritt in den Gemeinderat zu verwehren. F. hatte eine Stimme mehr wie sein Gegner. Diese Stimme aber erklärte der Gemeindevorstand für ungültig. Die Maßnahme begründete der Herr damit, daß auf dem Stimmzettel zwar der richtige volle Name Emil Fiedler, aber Häusler anstatt Gärtner stehe. Da es nun keinen zweiten Einwohner dieses Namens in Schönfeld giebt, konnte gar nicht zweifelhaft sein, wer mit dem Stimmzettel gemeint war. Die Verfügung des Gemeindevorstandes war also höchst sonderbar. Aber auch die Opposition fand den Weg nach der Amtshauptmannschaft, um dort gegen dieses Verfahren Beschwerde zu führen. Am 25. Februar ist darauf der Entscheid der Behörde eingegangen, daß die auf Fiedler entfallene Stimme gültig sei. Fiedler zieht nun in den Gemeinderat ein. Der Gemeindevorstand wird darüber nichts weniger als erfreut sein. In Zukunft wird er aber wohl etwas vorsichtiger mit der Ungültigkeitserklärung gegnerischer Stimmzettel sein.

Plauen i. V. Ein Nachspiel vom letzten vorjährigen Glaserstreik hierselbst spielte sich dieser Tage vor dem hiesigen Schöffengericht ab. Der Glasermeister Schüler, welcher sich früher als Geselle als einer der radikalsten aufgespielt hatte, hatte den Glasergehilfen Raabe bei dessen Versuch, einen Arbeitswilligen auf das Verderbliche seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen, auf offener Straße geschlagen. Nachdem diese Sache schon verschiedene Termine durchgemacht hatte, ehe man zu einem Resultate kommen konnte, einigte man sich in der letzten Verhandlung zu einem Vergleich dahingehend, daß Schüler sämtliche nicht unerheblichen Kosten übernahm. Charakteristisch war die Bemerkung des amtierenden Gerichtsvorsitzenden, welcher meinte, daß in der fraglichen Sache nur auf eine geringe Strafe erkannt worden wäre, da die Meister durch die fortwährenden Belästigungen seitens der Streikenden gereizt worden seien. (!) Wenn es umgekehrt gewesen wäre, wenn sich ein Ausständiger an einem Meister vergriffen hätte, die doch mitunter durch geradezu freches Auftreten bei Streiks die Ausständigen aufs äußerste reizen, würde der Herr wohl nicht auf eine geringe Strafe erkannt haben.

Erdbeben im Vogtlande und Böhmen. In der Nacht zum Sonnabend haben sich die heftigen Erderschütterungen im oberen Vogtland zum Glück nicht wiederholt und die Bevölkerung atmet wieder auf. Dagegen hat der Türmer in Plauen wieder einen so heftigen Erdstoß verspürt, daß die Fenster in seiner Wohnung klirrten.

Im nördlichen Böhmen, und ganz besonders in Graslitz waren am Freitag die Erschütterungen derartig heftige, daß die Leute entsetzt aus ihren Wohnungen liefen, denn die Mauern der Gebäude knirschten und die Dachbalken ächzten. Gegenstände, hängend wie stehend, bewegten sich oder fielen zu Boden. Schwächer gebaute Häuser müssen unstreitig Schaden erlitten haben und manche Leute getrauten sich gar nicht mehr in die Häuser und hielten sich die Nacht über im Freien auf. Leute, denen es ihr Beruf und ihre Stellung erlaubt, wollen die Stadt verlassen. Die Erdstöße sind manchmal kurz mit kurzem Rollen, dann aber wieder mit langandauernder Wellenbewegung. Auffallend ist, daß am Tage verhältnismäßig mehr Ruhe herrscht, als in der Nacht. In Eibenberg-Grunberg verließ eine Familie das Haus, weil es infolge der starken Erderschütterung Risse bekam. In der Stadt ist ein Teil der Friedhofsmauer eingestürzt. Auf dem Hausberge bei Graslitz ist in der Nacht zum Freitag ein 3 Meter breiter Erdriß entstanden.

In Schöneck brachte die starke Erschütterung am Freitag morgen 5,56 Uhr alles in zitternde, ja klirrende Bewegung, die Menschen aber in Erregung. Besonders interessant ist die Beobachtung, daß in den direkt auf Fellen aufgebauten Häusern die Erschütterung viel heftiger ist als in den auf Schlemmland und Verwitterungserde stehenden.

In Raun bei Brambach machen sich am Schulhause Risse in den Mauern bemerkbar.

Aus Asch i. B. wird gemeldet: Sehr schwere Erdstöße erfolgten in der Nacht zum Freitag. Die Bevölkerung lebt in Angst und Schrecken. Ein außerordentlich starker Stoß erfolgte am Freitag nachmittag um 2 Uhr. Die Leute liefen in der Nacht zum Freitag entsetzt auf die Straße, Kinder und Frauen weinten. In den Felspartien bei Haslau sind infolge des Erdbebens große Felsblöcke abgelöst worden und abgestürzt. In einigen Häusern in Asch verlöschte bei einem Stoß um 9 Uhr 52 Minuten das elektrische Licht.

Von der Geologischen Landesanstalt in Leipzig wird dem Vogtl. Anz. geschrieben:

Die Schütterperiode, die am 13. Februar ihren Anfang nahm, scheint durchaus nicht vorüber zu sein, wenigstens haben wir hier in Leipzig am 4. März nachts 1 Uhr 51 Min. und etwa ½3 Uhr deutliche Nahbebenaufzeichnungen von unserem Seismometer erhalten, von denen namentlich das erstere ziemlich heftig gewesen zu sein scheint. Noch unruhiger ist den seismometrischen Registrierungen nach die Nacht zum 5. März gewesen, denn es haben sich, nachdem schon in den Nachmittagsstunden des Donnerstags vor 4, 5 und 6 Uhr Stöße registriert waren, in der Nacht gegen ½10, um 10, 11 Uhr 5 Min., 11 Uhr 6 Min. und am Freitag morgen 6 Uhr kräftige und außerdem eine ganze Anzahl leichte Erschütterungen aufgezeichnet. Namentlich ½10 Uhr, um 10 und um 6 Uhr hat unser Seismometer ganz respektable Ausschläge geliefert, wie wir sie seither noch von keinem vogtländischen Stoß erhalten haben.

In Pirna wurden am 6. März ebenfalls Erderschütterungen, wenn auch nur leichter Natur, beobachtet. In der inneren Stadt will man Donnerstag abend gegen 10 Uhr den ersten und alsdann Freitag früh einen weiteren Stoß verspürt haben. Ferner berichtet man von gleichen Beobachtungen aus Schöna, Schmilka und Tetschen, wobei die Zeitangaben mit denen in Pirna übereinstimmen. In Schmilka trug der früh 6 Uhr beobachtete zweite Stoß nach einer weiteren Meldung einen stärkeren Charakter.

An Heftigkeit haben die Stöße bei diesen Erdbebenerscheinungen die von 1897 resp. 1900 bei weitem übertroffen. Es ist deshalb auch begreiflich, wenn dem L. T. über die Stimmung im Erdbebengebiet berichtet wird, daß der gemütliche, oft scherzhafte Ton, in dem die Leute, die in hiesiger Gegend an das unterirdische Rumoren bereits gewöhnt sind, bisher über die Erdbeben sprachen, gewichen und eine ernste, besorgte Stimmung bei der Bewohnerschaft eingekehrt ist. Wenn sich das unheimliche Naturereignis mit solcher Kraft äußert wie diesmal, dann vermag niemand, der auf dem schwankenden Boden stand oder in einem knarrenden, bebenden und prasselnden Gebäude sich im Augenblicke des Erdbebens befand, nur von einer harmlosen Erscheinung zu sprechen, die niemals Schaden anrichten könne. Jede weitere Steigerung der Heftigkeit der Erdstöße läßt Unheil befürchten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Außer Verfolgung gesetzt worden ist laut Gerichtsbeschluß am Donnerstag abend der seither im Gerichtsgefängnis zu Plauen i. V. befindlich gewesene Steinhauer Johann Fritzsch aus Schönberg am Kapellenberg, geboren in Weitersreuth. Fritzsch war beschuldigt, durch Schläge den Tod seiner Mutter herbeigeführt zu haben. Die Untersuchung hat aber nicht ergeben, daß Fritzsch sich beim Schlagen seiner Mutter eines gefährlichen Gegenstandes bedient und daß er sie die Treppe hinabgeworfen hat. Es ist nur erwiesen und von Fritzsch zugegeben, daß Fritzsch seine Mutter mit der Hand geschlagen hat. Wegen dieser Mißhandlung konnte Fritzsch jedoch nicht bestraft werden, weil kein Strafantrag vorlag. — Ein gemeiner Racheakt hat dem in Ostrau in Arbeit stehenden Tischler Thiele eine neunmonatige Gefängnisstrafe eingetragen. Thiele war vor Weihnachten vom Ostrauer Gendarmen Zenker wegen eines Vergehens zur Anzeige gebracht worden. Als er nun vor einigen Wochen erfuhr, daß die Frau des Gendarmen im Wochenbette lag, warf er nachts einen Knochen in das Krankenzimmer durch das geschlossene Fenster, wodurch die kranke Frau aufs höchste erschreckt und an der Gesundheit gefährdet wurde. Das Schöffengericht in Döbeln verurteilte den Arbeiter, der zugestand, daß er von der Krankheit der Frau wußte, zu der strengen Strafe von neun Monaten Gefängnis. — Der kürzlich wegen Münzverbrechens in Plauen festgenommene Schmied mußte mittels Krankenwagens vom Gerichtsgefängnis nach dem Krankenhause befördert werden, weil er im Gefängnisse sein mit Petroleum aus der Zellenlampe getränktes Hemd angezündet und dadurch Brandwunden an der Brust, den Armen und Händen erlitten hatte.

Stadt-Chronik.

Eine große Matinee, veranstaltet von den Arbeitergesangvereinen Frohe Sänger in Löbtau und Freie Sänger in Plauen, fand gestern vormittag unter Mitwirkung der bekannten Dresdner Eilers-Kapelle in den geräumigen Lokalitäten der Musenhalle in Löbtau statt. Der starke Besuch bewies am besten, welch reges Interesse die Arbeiter von Löbtau und Plauen dieser Veranstaltung entgegenbrachten. So viele Menschen dürften lange nicht, vielleicht überhaupt noch nicht, auf einmal in den Sälen der Musenhalle gewesen sein. Es waren etwa 1500 bis 1600 Personen anwesend. Teilweis standen die Zuhörer dicht gedrängt neben einander, und sogar die Galerie war besetzt. Die einzelnen Darbietungen der mitwirkenden Sänger und Musiker wurden mit großem Beifall aufgenommen. (Eine fachmännische Würdigung des Konzerts wird an anderer Stelle noch erfolgen.) Die beiden Vereine wird der äußere Erfolg sicher für weitere derartige Unternehmungen anspornen, und es wird ihnen auch eine Genugthuung sein für alle die vielen Mühen und Sorgen, die die Vorbereitungen eines derartigen Unternehmens mit sich bringen. Die Arbeiterschaft hat jedenfalls auch in diesem Falle ihr hohes Interesse und Verständnis für die Sache gezeigt und durch den starken Besuch bewiesen, daß sie alle ihre Unternehmungen, wo es darauf ankommt, glanz- und machtvoll durchzuführen und zu unterstützen im stande ist. — Das Massenaufgebot der Arbeiter in diesen Vormittagsstunden des schönen Sonntags erregte in dem Vorort Löbtau, besonders in der Hauptverkehrsstraße, ein gewisses Aufsehen.

Nur Gedankenlosigkeit und Unwissenheit kann einem hiesigen Blatte (N. N.), das schon oft, besonders während der ganzen Einverleibungsverhandlungen, mit allerlei Bosheiten und Unsinn gegen die Arbeitervororte aufwartete, folgende Notiz inspiriert haben:

„Die Aufstellung des Nachtrags-Etats für die am 1. Januar einverleibten Vororte begegnet scheinbar großen Schwierigkeiten, da die erhofften Einnahmequellen an Steuern bedenkliche Minderergebnisse zeigen. Für Vorstadt Plauen trifft dies insofern nicht zu, als hier die Gemeindeanlagen nach den Dresdner Sätzen schon vor der Einverleibung erhoben wurden, während in Löbtau die Schulanlagen bisher nach den dortigen Sätzen 212 000 M. erbrachten, nach dem Dresdner Satze aber in Zukunft nur 71 000 M. abwerfen. Auch die Grundsteuer dürfte einen Mindererertrag von 160 000 M. jährlich haben."

Wenn die Grundsteuer in Löbtau wirklich so viel weniger nach den Dresdner Sätzen bringen sollte, so beweist das eben, daß die Dresdner Grundbesitzer in Bezug auf ihre Steuerleistung außerordentlich gut daran und bevorzugt sind. Die vom Oberbürgermeister in Aussicht gestellte Reform der Dresdner Grundsteuer giebt das ja auch indirekt zu. Wo der kolossale Ausfall an Schulanlagen herkommen soll, können wir zunächst aber beim besten Willen nicht einsehen. Die Eltern der Löbtauer Schulkinder müssen nämlich, genau so wie vor der Einverleibung, für Kinder, die die Bezirksschule besuchen, 15 Pf. Schulgeld pro Woche zahlen. In der Bürgerschule aber sind die Dresdner Sätze gegen die früheren Löbtauer wesentlich höher. Während sonst 60 Pfennige pro Woche zu zahlen waren, müssen jetzt 4 Mark pro Monat berappt werden. Wo soll also nun der Ausfall an Schulanlagen herkommen?! — Diese ganze Schreiberei scheint weiter keinen Zweck zu haben, als beweisen zu wollen, wie gut doch die einverleibten Vororte unter dem neuen Dresdner Regiment dran sind. Dem Zeilenreiber kommt es wohl auch gar nicht in den Sinn, daß die dichtbevölkerten Vororte nun auch ein ganz erkleckliches Sümmchen an indirekten städtischen Lebensmittelsteuern bringen werden. Das nächste städtische Budget wird das ja zeigen. Von diesen Steuerschattenseiten ist freilich in den Spalten der bürgerlichen Blätter immer recht wenig die Rede.

Mit dem Marienbrücken-Umbau zusammenhängende Tiefbauarbeiten sollen in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Bereits vor einiger Zeit ist das am Ende der Ostra-Allee auf dem Areal des ehemaligen Floragartens und späteren Straßenbahndepots stehende alte Gastwirtschaftsgebäude niedergelegt worden. Nunmehr soll durch Verlegung und entsprechendes Einrücken der Fußbahn entlang des im Besitze der Deutschen Straßenbahn-Gesellschaft befindlichen Baulandes die Ostra-Allee bei ihrer Einmündung in die Brücken-Auffahrt eine Verbreiterung erfahren. Im Anschluß an diese Arbeiten wird dann auch die noch fehlende Fortsetzung der Pappelmannstraße, die das Gelände in der Mitte durchschneidet, hergestellt werden. Hierbei werden, wie bei der Dreyrientstraße, mächtige Stützmauern zur Ausführung kommen, die eine leichtere Aufschüttung des Straßenzuges bei der großen Tieflage ermöglichen, und den dort zu errichtenden Häusern zugleich als Grundmauern dienen sollen. Durch die Vornahme dieser Straßenanlage wird der Fahrverkehr eine weitere Ablenkung erhalten und das Gelände der Bebauung aufgeschlossen. Gleichzeitig verschwindet damit der letzte Rest des ehemaligen mit herrlichen Lindenbäumen bestandenen und als Erholungsstätte geschätzten kleinen Ostra-Gehages.

Postkarten mit Antwort. An Stelle der amtlichen Formulare zu Postkarten mit Antwort verwendet das Publikum vielfach zwei einfache Postkarten, die durch einen Faden oder Klebepapier miteinander verbunden sind. Da nach § 7 V der Postordnung mit den Postkarten Antwortkarten verbunden sein dürfen, eine Vorschrift, wie die Verbindung hergestellt sein muß, aber nicht besteht, besteht kein Bedenken, derartige Sendungen nach Orten des Reichspostgebiets und Württembergs zur Absendung zu bringen, sofern die Karten den Bestimmungen für einfache Postkarten entsprechen und die Antwortkarte als solche bezeichnet ist. Bedenken erheblicher Art bestehen dagegen, wenn die Karten lediglich mit einer Nadel zusammengesteckt sind. Da eine solche Befestigungsweise geeignet ist, Verletzungen der Beamten herbeizuführen und das Sortiergeschäft zu er-

---

harmonie zu Berlin veranstaltet. Die Versammlung war stark besucht und die Spitzen der Kunst und Wissenschaft waren vertreten; so sah man die Professoren Menzel und Mommsen. Zuerst sprach Hermann Sudermann über das religiöse Drama und über das Verbot von Paul Heyses Maria von Magdala, indem er eingehend das Urteil des Oberverwaltungsgerichts und die bekannte Rede des Ministers Freiherr v. Hammerstein im Abgeordnetenhause kritisierte. Seine etwa halbstündige Rede wurde mit lebhaftem Beifall begleitet. Der nächste Redner, Ludwig Fulda, behandelte eingehend das Thema „Kunstgefühl und Schamgefühl". Der Minister habe wieder einmal das alte reaktionäre Rezept gebraucht, das Schamgefühl gegen das Kunstgefühl aufzurufen und beide in einen Gegensatz zu bringen. Die Zensur treibe die Leute an diejenigen Stätten, wo der Ehebruch als Gesellschaftsspiel behandelt werde. Er warf die Frage auf, ob nicht besser die Eltern ihren Töchtern das Theater verbieten sollten, als der Zensor den Mündigen. Auch Ludwig Fulda erntete stürmischen Beifall. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Meiningen behandelte alsdann die politische Seite der Theaterzensur und gab in humoristischer Weise Streichungen an Theaterstücken zum Besten. Er meinte, die Polizei sei und bleibe in der Kunst die Kuh im Porzellanladen, die alles wahllos zusammentrampele. Hierauf besprach der Reichstagsabgeordnete Heine die sozialen Aufgaben des Theaters, wobei er seine politische Stellung nicht verhehlte. Er prophezeite dem Theater eine große Zukunft. Wie im Altertum dürfte es wieder eine Stätte der Massen werden. Zum Schlusse trat Prof. Dr. v. Lilienfeld für die gesetzliche Abschaffung der Zensur ein, denn sie sei kein Schutz der Sittlichkeit, sondern der Frivolität. Aus künstlerischen, sittlichen und nationalen Gründen müsse die Zensur beseitigt werden. Der Redner brachte einen Antrag ein, wonach die Versammlung einer früher gefaßten Resolution gegen die Theaterzensur beitreten soll. Dieser Antrag, der dem neuen Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt zugestellt werden soll, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Die Leistungen der Berliner Theaterzensur beleuchten sich selbst in der soeben bekannt werdenden Begründung des Urteils des Oberverwaltungsgerichts, durch das die Aufführung von Paul Heyses Maria von Magdala in Berlin endgültig verboten wurde. Die Hauptsätze dieser Urteilsbegründung lauten der Voss. Ztg. zufolge:

„In dem verbotenen Drama ist nun das, was den christlich-religiösen Sinn am tiefsten ergreift und auch nach christlicher Lehre die Grundlage der gesamten christlichen Religion bildet, nämlich die Leidensgeschichte Christi und die Erlösung der Menschheit durch ihn, nicht bloß mit vielem dichterischen, frei erfundenen Beiwerk überwuchernd umgeben, sondern sogar mit den niedrigsten und verwerflichsten menschlichen Trieben in enge Verbindung gebracht. Die sündige Maria glaubt, durch ihre Schönheit auf Christus Eindruck machen, der Hohepriester, ihn durch Marias Reize verführen zu können. Das Liebesverhältnis zwischen Judas Ischariot und Maria und des ersteren Eifersucht tragen dazu bei, daß der Heiland verraten und gekreuzigt wird. Der sinnliche Flavius und die schon bekehrte Maria halten es für möglich, daß Christus auf den Plan zu seiner Befreiung eingehen und durch das unrechte Handeln des einen und eine neue Sünde der anderen vor dem Tode bewahrt werden könne, und dem Zuschauer wird so der Gedanke an eine Abhängigkeit des Erlösungswerkes von den Entschließungen anderer, namentlich denen der früheren großen Sünderin Maria, nahegelegt.

Ein Stück, dessen Aufführung einen derartigen Eindruck auf den Zuschauer machen muß, stellt sich als ein Angriff auf die christliche Religion dar. Diese aber bildet im preußischen Staate nach seiner geschichtlichen und verfassungsmäßigen Gestaltung einen Teil der öffentlichen Ordnung im Sinne des § 10 Titel 17 Teil II des Allgemeinen Landrechts. Ihr Schutz fällt daher unter den § 10 a. a. O."

Also: weil dem Zuschauer des Dramas der Gedanke an eine Abhängigkeit des Erlösungswerkes von den Entschließungen anderer nahegelegt wird, darum erscheint das Drama dem Oberverwaltungsgerichte gefährlich, darum „stellt es sich als ein Angriff auf die christliche Religion dar", darum wird seine Aufführung verboten. Traut man der Lehre vom Erlösungswerke Christi so wenig innere Widerstandskraft zu?

„11 825 200 Buchstaben." Eine sonderbare Ankündigung geht von einer Straßburger Verlagshandlung aus. Es heißt in einem Zirkular:

„Demnächst wird ein Werk vollständig vorliegen, welches das inhaltreichste und billigste ist, das bisher über Elsaß-Lothringen veröffentlicht wurde. Es enthält auf zirka 1800 Seiten — 11 825 200 Buchstaben. — Es ist dies das Werk: Das Reichsland Elsaß-Lothringen. Landes- und Ortsbeschreibung. Herausgegeben vom Statistischen Bureau des Ministeriums in Elsaß-Lothringen."

Leben in der Arbeit, die eine offizielle Publikation darstellt, bloß die annähernd zwölf Millionen Buchstaben! Stellt der „Geist" nichts Kennenswertes dar?

Kleine Mitteilungen. Durch einen wahnsinnigen Aufsichtsbeamten war die berühmte Francois-Vase im Archäologischen Museum zu Florenz zertrümmert worden. Als es nach langen Mühen gelungen war, sie wieder zusammenzusetzen, fehlte ein Stück. Es war genommen worden. Letzthin wurde in einer Zeitungsnotiz um Rückgabe des Stückes ersucht. Der unbekannte Altertumsfreund, der es, bei der Zertrümmerung der weltberühmten altattischen Vase durch einen wahnsinnigen Kustoden, unbemerkt sich angeeignet hatte, hat es vor einigen Tagen ebenso unbemerkt auf dem Tisch eines der Säle des Museums wieder deponiert. So ist das keramische Kunstwerk, das bis auf jene fehlende Scherbe wieder zusammengefügt werden konnte, nun glücklich vollständig geworden. Die in allen größeren europäischen Zeitungen veröffentlichte Bitte an den heimlichen Scherbensammler um Rückgabe des Stückes scheint also an ihre Adresse gelangt zu sein.

Klara Viebigs neuer Roman Vom Müller-Hannes ist soeben bei F. Fontane & Ko. in Berlin als Buch erschienen.

Das Grab Justus Mösers, des 1794 verstorbenen Verfassers der patriotischen Phantasien, in der evangelischen Marienkirche zu Osnabrück wurde im Beisein einer Kommission geöffnet. Der Sarg war vollkommen zerfallen und barg nur Knochenüberreste.

Zur Erinnerung an die 100. Wiederkehr von Klopstocks Todestag (14. März) findet in Quedlinburg, der Geburtsstadt Klopstocks, eine öffentliche Feier statt, bei der Prof. Dr. Erich Schmidt die Festrede halten wird.

Professor Eduard Süß erklärte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des Fremdenblattes, daß die Erdbeben in Böhmen und Sachsen ungefährlich seien.

Das neue Dante-Porträt, das in Florenz aufgefunden worden ist, soll im Auftrage des italienischen Unterrichtsministers durch die Professoren Seiß und Maccari (beide bekannte Freskomaler) auf seine Echtheit geprüft werden.

Heiteres. Blüten amerikanischen Humors bringen die Münchner Neuesten Nachrichten: Beim Vogelhändler: „Sprichst dieser Papagei unflätige Worte?" fragte die alte Dame. „Nein, aber Sie brauchen ihm die Worte nur einige Male vorzusprechen und er wird sie nachsingen," lautete die Antwort. — Dame (im Stellenvermittelungsbureau): „Ich suche jemanden, der allerhand Hausarbeit und Botengänge verrichten kann, stets diensterbietig ist und nie widerspricht." Stellenvermittler: „Da haben Sie sich in der Thür geirrt, Madame. Das Heiratsbureau ist nebenan." — Von der Kohlenmur: „Hast Du gehört, daß die Familie Smith gestern von Kohlengas überwältigt wurde?" „Das sieht diesen Leuten ähnlich, alles nur, um zu zeigen, daß sie Kohlen haben!" — Tochter: „Clarence sagte, er wolle sterben, falls ich ihn zurückweise." Vater: „Laß ihn sterben." Tochter: „Bedenke, daß er in Deiner Gesellschaft versichert ist."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19030309/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

schweren, dürften die Postanstalten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, derartige Sendungen von der Beförderung auszuschließen.

Vermißt wird seit einigen Tagen ein Kammerdiener vom königl. Hofe. Der Vorfall hat angeblich „unliebsames Aufsehen" am Hofe erregt. Ein auswärtiges Blatt brachte die Geschichte mit der Kronprinzessin-Affaire in Verbindung.

Warnung an Straßenbahn-Rassauer. Eine empfindliche Strafe verhängte die Kölner Strafkammer über einen Abonnenten der Straßenbahn, der auf seiner Zeitkarte den Vermerk „Fr." gemacht und die Karte auch durch seine Frau benutzen ließ. Der Angeklagte erhielt einen Monat Gefängnis, die Frau kam mit einer Geldstrafe davon.

Luftballonfahrten auf der Städteausstellung. In diesen Tagen weilte der Luftschiffer-Ingenieur Godard mit seinem französischen und seinem deutschen Vertreter in Dresden, um Anordnungen für Errichtung des Fesselballons im Parke der Deutschen Städteausstellung zu treffen. Herr Godard hat bei vielen großen Ausstellungen Fesselballons eigener Konstruktion vorgeführt, er persönlich hat schon 710 freie Fahrten unternommen. Der im Ausstellungspark während der Ausstellung täglich wiederholt aufsteigende, mit Wasserstoffgas gefüllte Ballon mit Dampfbetrieb wird sich gegen 500 Meter hoch erheben. Den Teilnehmern an der Fahrt (die Gondel faßt 15 Personen) wird sich bei solcher Höhe eine herrliche Rundsicht darbieten, die zu genießen um so empfehlenswerter ist, als jede Gefahr bei diesen Fahrten ausgeschlossen sein soll. Ein starkes Seil, das einen Widerstand von 10 000 Kilogramm besitzt, hält den Ballon fest und keine Fahrt wird ohne einen auf dem Gebiete der Luftschiffahrt tüchtigen und erfahrenen Vertreter Godards unternommen. 18 feste Verankerungspunkte halten das Luftschiff.

Vorsicht mit der Lampe am Fenster. Freitag abend wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Schnitzer Straße 9 gerufen, wo in einer Küche im 1. Stock durch eine Petroleumlampe die Fenstergardinen in Brand geraten waren. Die Flammen konnten noch, bevor die Feuerwehr zur Stelle war, von den Bewohnern und Straßenpassanten erstickt werden.

Pfänder-Versteigerung. In der Leihamts-Geschäftsstelle zu Dresden-Altstadt kommen vom 16. bis mit 21. März an den Vormittagen von 10 Uhr an verfallene Pfänder zur Versteigerung, und zwar den 16. und 17. März die in den Monaten November und Dezember 1901 verpfändeten Uhren, Schmucksachen, goldenen und silbernen Gegenstände; die folgenden Tage die in den Monaten Mai und Juni 1902 verpfändeten leinenen, wollenen und baumwollenen Stoffe, Kleidungsstücke, Pelzsachen, Schuhe, Betten, Wäsche usw. Die Pfänder sind an den Tagen, an denen sie zur Versteigerung kommen, vormittags von 8 bis 10 Uhr in dem Versteigerungssaale, Maternistraße 17 parterre, zur Ansicht ausgelegt. Das Verzeichnis wird vom 12. März d. J. an in der Leihamtskasse für 20 Pf. abgegeben.

Ein elektrischer Mannschaftswagen soll jetzt für die hiesige städtische Feuerwehr versuchsweise in Betrieb genommen werden.

Eine Geburt auf der Straße. Zu dieser Notiz in der vorigen Nummer wird uns mitgeteilt, daß in der königl. Frauenklinik am Sonnabend früh der Umzug in das neue Gebäude begonnen hat und daher Geburtshilfe suchende Personen an das Krankenhaus verwiesen werden müssen.

Eine Zigeunerhochzeit wurde in einem Restaurant in Dresden-Altstadt mit nationalem Gepränge gefeiert. Das Brautpaar war auf dem Standesamte getraut worden. Der Bräutigam war ein Pferdehändler Namens Rapp. Mehrere Familien des Stammes in ihrem Nationalkostüm und Schmuck nahmen an dem Feste teil, es wurden auch Nationaltänze aufgeführt.

Arbeiter-Risiko. Beim Ziegeltragen stürzte ein Arbeiter auf einem Neubau an der Gneisenaustraße so unglücklich, daß er sich den rechten Fuß brach und ins Stadtkrankenhaus gebracht werden mußte.

Vermischte Nachrichten. Vom 9. März an wird wegen Umbaues der am Ostthore des Königlichen Großen Gartens befindlichen Wegeanlagen der zwischen der Hauptallee und der Südallee gelegene, vor der dortigen Wirtschaft (Pikardie) vorüberführende Fahrweg auf die Dauer der Arbeiten für den gesamten Fahr- und Reiterverkehr gesperrt. — Mit der Gleiserneuerung in der Dohnaer Straße, zwischen der Reisker und Cäcilienstraße, soll am 12. März begonnen werden. — Gestohlen wurde in der Luisenstraße ein kleiner, brauner Pappkarton, 20 Zentimeter lang, 10 Zentimeter breit, 5 Zentimeter hoch, enthaltend 6 Buch Blattgold im Werte von 60 M. Mitteilungen über den Verbleib des Goldes werden an die Kriminalabteilung, Hauptwache, Zimmer Nr. 37, erbeten. — Auf der Friedrichstraße wurde in der Nacht zum Freitag von einem Hausthürgewände weg eine zur Klingelvorrichtung nötige Metallplatte im Materialwerte von 2 M. abgeschraubt und gestohlen. — Ein am Bischofsweg wohnhafter Familienvater versuchte oberhalb der Carolabrücke sich zu ertränken. Er wurde indes von Sandbaggerern herausgezogen und der Polizei übergeben.

Versammlungskalender für Dienstag.

Holzarbeiter aller Branchen. Abend 8½ Uhr Versammlung im Trianon.
Metallarbeiter. Versammlung im Volkshaus.
Kranken- und Begräbniskasse der vereinigten Schuhmacher. Abends 8 Uhr Hauptversammlung Scheffelstraße 10, I.
Sozialdem. Verein für den 6. Wahlkreis. Abends 9 Uhr Rezitationsabend in Kämpfes Turnhalle, Wernerstraße 36.

Parteiangelegenheiten.

Weitere Pressstimmen aus unserem Lager zu der Erklärung des Parteivorstandes. Die Leipziger Volkszeitung, die völlig mit der Erklärung einverstanden ist, bemerkt in einem Leitartikel: „Dieser Beschluß des Parteivorstandes hat eine sehr traurige und eine sehr erfreuliche Seite. Eine sehr traurige Seite insofern, als er überhaupt notwendig geworden ist. Wer vor zehn Jahren vorhergesagt hätte, daß ein solcher Beschluß des Parteivorstandes nötig werden würde, der wäre halb mit Heiterkeit und halb mit Entrüstung zurückgewiesen worden. Da aber einmal eine in solchen Dingen ganz unbegreifliche Begriffsverwirrung hie oder da eingerissen ist, so ist es sehr erfreulich, daß der Vorstand, gemäß seiner Pflicht wie seinem Rechte, dagegen einschreitet. Wir glauben, daß seine Erklärung in den weitesten Parteikreisen als ein frischer Luftzug empfunden werden wird, der aufsteigende Nebel verweht." — Endlich schreibt die Königsberger Volkszeitung: „Für besonders glücklich können wir diese Erklärung nicht ansehen. Welche Kritik ist den „gehässig" und „hämisch"? Der Kritiker selbst wird stets davon überzeugt sein, daß er nicht gehässig oder hämisch ist, und somit fällt jede Schranke weg. Wir meinen, einem überzeugten Parteigenossen müßte es schon das eigene Gefühl verbieten, für gegnerische politische Zeitungen überhaupt irgend etwas zu schreiben. Denn damit unterstützt er die Sache, welche die Partei aus Ueberzeugung bekämpft. Uns wenigstens will es nicht in den Kopf, wie man Sozialdemokrat sein und zugleich für ein freisinniges oder konservatives Blatt schreiben, dem Gegner Munition liefern kann. Wessen Gewissen für Ueberzeugungstreue nicht von selbst so fein ausgebildet ist, dem muß der Standpunkt freilich von Partei wegen klar gemacht werden, indem man ihn in kein Vertrauensamt wählt und ihm überhaupt keine vertraulichen Mitteilungen macht, aber nicht aus Rücksicht auf seine Gewissenskonflikte, sondern einfach, weil er nicht für vertrauenswürdig angesehen werden kann. Wir wenigstens würden uns schön hüten, einen Menschen, von dem wir wissen, daß er für ein gegnerisches Blatt schreibt, vertrauliche Mitteilungen über die Partei zu machen."

Das Hamburger Echo bemerkt dazu: Wir sind auch der Meinung, daß Parteigenossen nicht für bürgerliche politische Zeitungen schreiben sollen. Mag auch die Erklärung des Parteivorstandes manchen nicht ganz befriedigen, so wird sie wohl von denjenigen verstanden werden sein, die es angeht.

Gehaussucht wurde am Mittwoch in der Redaktion des Hamburger Echos. Die Suche galt dem Manuskript eines in dem Blatte in der Sonntagsplauderei veröffentlichten Gedichts, das eine Majestätsbeleidigung enthalten soll. j

Strafkonto der Partei. In den Monaten Januar und Februar wurden gegen Genossen an Strafen erkannt insgesamt: 1 Jahr 6 Monate 5 Wochen 4 Tage Gefängnis und 2200 M. Geldstrafe.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Protestkomödie der Siemensschen „Arbeiter".

Wie uns mitgeteilt wird, hat man es aufgegeben, an den Reichstag eine mit — freiwilligen!! — Unterschriften der Arbeiter bedeckte Eingabe zu veranlassen. Statt dessen will man den Neuesten Nachrichten — und welches Blatt eignet sich dazu besser — eine große Annonce zuwenden, unter der die — freiwilligen (!!) Unterschriften der armen Siemensschen Glasarbeiter prangen werden.

Man ist schon eifrig bei der Unterschriften-Sammlung und der Generalgewaltige soll gesagt haben: „Wem seine Existenz und seine Familie lieb sei, der solle unterschreiben!" Das heißt mit anderen Worten: **„Wer nicht unterschreibt, der fliegt auf die Straße!"** Was eine solche Kundgebung für einen moralischen Wert hat, wird sich jeder, der dies Elaborat lesen wird, selber sagen. Von vornherein ist ein solches Machwerk der Verachtung der öffentlichen Meinung überantwortet. Viele Arbeiter wollen unter keinen Umständen sich zu einer solchen Komödie hergeben. Aber es ist besser, sie kommen der im Inseratenteil dieser Nummer enthaltenen Aufforderung ihrer Vertrauensleute nach und unterschreiben. Wenn die Firma mit Gewalt Heuchler haben will, so mag sie sie haben. Der Wert des ganzen Entrüstungsrummels, der von einigen übereifrigen unternehmerfrommen Leuten in die Wege geleitet worden ist, ist gerade dadurch, daß alle unterschreiben, gleich Null. Denn die Firma kann nicht wissen, wer freiwillig, wer gezwungen unterschreibt. Mögen die Arbeiter, die bisher treu zur Organisation gehalten haben, dies auch ferner thun. Sie haben es ja nicht nötig, der Leitung der Siemensschen Betriebe, die angeblich das Koalitionsrecht ihren Angehörigen nicht schmälert, und doch jeden hinausschmeißt, der der Gewerkschaftsorganisation angehört, ihre Zugehörigkeit auf die Nase zu binden. Solchem Gegner gegenüber sind alle Mittel erlaubt, die nicht durch die Gesetze verboten sind. Er kann nicht verlangen, daß der Arbeiter mit offenem Visier und ehrlichen Waffen kämpft, wenn er selber skrupellos Gewissenszwang ausübt und die Arbeiter indirekt zwingt, die zu schmähen, die jederzeit für die Interessen der Unterdrückten eingetreten sind.

Wenn das Perschapveler Amtsblatt angeblich ermächtigt ist, zu erklären, daß weder eine Eingabe an den Reichstag, noch eine Erklärung gegen die Sächs. Arbeiter-Zeitung in der fraglichen Besprechung im Krug zum grünen Kranze beabsichtigt noch beschlossen sei, so weiß man ja, wie derartige Dementis zu stande kommen. Wir wissen das aber besser und sind gut informiert — denn, wie der eine Macher des Protestrummels, ein Großgläser, gesagt hat: „Es gibt doch noch räudige Schafe unter der unternehmerfrommsten Herde!"

Sieg bei der Gewerbegerichtswahl. In Witten siegten die freien Gewerkschaften mit 100 Stimmen Majorität über die christlichen. Die Beteiligung betrug 70 Prozent.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Former, Gießereiarbeiter, Schlosser, Dreher, Modelltischler der Harzer Werke in Zorge, Rübeland und Blankenburg i. H. haben die Arbeit wegen schlechter Entlohnung und Behandlung niedergelegt. Die Direktion lehnt jede Verhandlung mit dem Verbandsleiter ab. — Die Former und Kernmacher der Firma H. Teege, Wuppertaler Eisenhütte in Barmen, haben die Arbeit niedergelegt. Sie fordern die Beseitigung der Akkordarbeit, die ihnen vor vier Monaten aufgezwungen worden ist. Die Firma ist auf der Suche nach Arbeitswilligen, vor Zuzug wird deshalb gewarnt. — Die Schloßbauer der Firma Demrath & Blätzer in Barmen sind in den Ausstand getreten, weil man ihnen Abzüge in Höhe von 25 Proz. des Lohnes machte. — Die Klempner in Bochum wollen im bevorstehenden Sommer in eine Lohnbewegung eintreten, bei der es sich hauptsächlich um Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit handelt. Jetzt beträgt dieselbe 10½ bis 11 Stunden. — Die Gärtner und Baumschulenarbeiter in Halstenbeck und Rellingen (bei Altona) haben am Freitag die Arbeit niedergelegt, nachdem Verhandlungen der Lohnkommission mit den Besitzern der großen Baumschulen keinen Erfolg hatten. Etwa 300 Arbeiter kommen bei dem Streik in Frage. — Die Samtweber der Firma Johann Girmes in Oedt (Kr. Kempen) hatten wegen Lohndifferenzen die Kündigung eingereicht; darauf hat nunmehr die Firma sämtlichen Arbeitern, ungefähr 750, gekündigt. — Die Maurer in Spremberg haben Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gestellt, die aber von den Unternehmern abgelehnt wurden. Die Maurer wollen jedoch an ihren Forderungen festhalten, sie ersuchen ihre auswärtigen Kollegen deshalb, Spremberg zu meiden. — Die Untertagarbeiter der Olmützer Schieferbruch-Aktiengesellschaft, Grube I in Groß-Wolterdorf (Mähren), sind in den Streik getreten. Insgesamt traten 36 Häuer, 9 Tagarbeiter und 4 Förderer in den Ausstand, doch sind dadurch auch 27 Obertagarbeiter zum Feiern gezwungen. Der Grund des Streiks sind Lohnreduzierungen und brutale Behandlung der Arbeiter durch den Betriebsleiter. — Eine Versammlung Berliner Maler und Anstreicher sprach sich entschieden gegen die Einführung eines von der Innung vorgelegten Tarifs für Akkordarbeit aus. — Die Tarifverhandlungen im Berliner Steinhauergewerbe sind an der Rücksichtslosigkeit der Innung gescheitert. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage werden die Arbeiter zunächst von einem Streik abstehen. — Stempelschneider wollen den Zuzug nach Berlin, Reliefgraveure den Zuzug nach Buchholz streng vermeiden.

Soziales.

Der diesjährige Verbandstag deutscher Gewerbegerichte findet am 11. und 12. September in Dresden statt. Für die Tagesordnung sind, nach dem Gewerbebericht, an größeren Gegenständen in Aussicht genommen: 1. Kaufmannsgerichte, 2. die Verhältniswahl in der Praxis, 3. ein Thema aus dem Rechte des Arbeitsvertrages (Tarifverträge). An kleineren Besprechungsgegenständen sind bis jetzt angemeldet: a) Zuständigkeitsfragen (Gärtner, Artisten); b) insbesondere Fragen der Zuständigkeit in Lehrlingsstreitigkeiten und Lehrlingsfragen überhaupt: Lehrlingszüchtereien in Form von Schulen zur Umgehung der gewerbegerichtlichen Zuständigkeit; Stadtlehrlinge; c) Verfahren: Sühneversuch in der Praxis; Anspruch von Akkordarbeitern auf Zeugengebühren; d) formeller Abschluß des Arbeitsvertrages: unbefugter Abschluß von Arbeitsverträgen durch Werkmeister; Rechtsverbindlichkeit der Arbeitsvermittelung; empfiehlt sich der Anschluß von Arbeitsnachweisen und Auskunftsstellen an die G.-G.? e) Materielles Recht: Lohnkürzung für Feiertage; zivilrechtliche Folgen des Streikpostenstehens; f) Allgemeines: Kosten der Regulativ-Bekanntmachung bei königl. G.-G. Weitere Vorschläge sind zu adressieren: An die Archiv-Verwaltung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte, Charlottenburg-Berlin, Berliner Straße 54.

Ueber eine Milliarde in 12 Jahren angehäuft haben die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten des Reichs. Wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen haben zu dieser Milliarde beitragen müssen, ohne nur einen Pfennig Nutzen davon zu haben.

Gerichts-Zeitung.

Schöffengericht.

-st- **Wenig Glück hat die Gemeinde Bühlau** mit mehreren ihrer Beamten und Repräsentanten gehabt. Wurde erst kürzlich der ehemalige Gemeindeälteste Klare wegen Beleidigung des ebenfalls aus dem Dienst entlassenen Schutzmanns Gustav Adolf Flecks zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, so verhandelte am Sonnabend das hiesige Schöffengericht gegen Flecks wegen Beleidigung des noch amtierenden Gemeindevorstandes Hoffmann. Die in Betracht kommenden, gegen diesen gerichteten Behauptungen scheinen so pikanter Art zu sein, daß sie, sogar in der heutigen an „Irrungen" so sehr gewöhnten Zeit, bei dessen besseren Ehehälfte, dem Bühlauer Gemeinderat, sowie auch bei dem Gerichte starke sittliche Bedenken hervorriefen, denn die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt; nicht einmal die Urteilsbegründung wurde, was nur sehr selten vorkommt, öffentlich gegeben. Beweisen haben sich allerdings die Behauptungen, die sich in der Richtung nach § 183 des Str.-G.-B. — der von dem Erregen öffentlichen Aergernisses durch unzüchtige Handlungen handelt — nicht lassen. Der ehemalige Schutzmann wurde zu 25 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Haft verurteilt. Gegen den verflossenen Gemeindeältesten ist wegen ähnlicher Behauptungen ein Offizialverfahren eingeleitet worden.

-st- **Prügel und Gefängnis.** Daß in den Arbeitsanstalten Erziehungsmethoden angewandt werden, die in unser Zeitalter nicht mehr hineinpassen und sogar in Zuchthäusern schon nicht mehr üblich sein sollen, ist allgemein bekannt. Am Sonnabend wurde diese Thatsache in einer Gerichtsverhandlung aber noch besonders illustriert. Da erstattete wegen Sachbeschädigung angeklagt ein etwa 30jähriger Arbeiter Albert Bruno. Ihm ist es in den Nächten des 10. November und 13. Dezember 1902 eingefallen, in den ihm zugewiesenen Zellen alles in einer Weise zu demolieren, daß man, wenn nicht Sachverständigengutachten dem entgegenständen, ohne weiteres annehmen müßte, so kann nur einer hausen, der zeitweilig Tobsuchtsanfälle bekommt. Er hat in den Zellen die Fensterscheiben zertrümmert, die eisernen Zellenthüren eingebeult, die Wände zerkratzt, die Schutzgitter um die Heizkörper aus den Wänden gerissen, einen Zellentisch, ein Wandschränkchen und einen blechernen Abortkübel total ruiniert, Betten und Wände mit Kot beschmiert usw. Trifft es nicht zu, daß dieser Mensch nicht zurechnungsfähig ist, und wie er vor Gericht sagt, daß er sich auf die Vorgänge selbst nicht mehr erinnern kann, so bleibt nur die Möglichkeit übrig, daß er des Aufenthaltes in der Arbeitsanstalt sich hat um jeden Preis entziehen wollen, sei es durch die Flucht oder durch die Begehung einer That, die ihm wo anders hin verhelfen mußte. Dies scheint auch thatsächlich sein Beweggrund gewesen zu sein, denn er hat mehrmals selbst zu höheren Anstalts-Beamten geäußert: „Raus muß ich aus der Arbeitsanstalt, mag es kosten, was es will, und wenn ich ins Zuchthaus komme." Diesen seinen Herzenswunsche hat man vorerst allerdings nicht entsprochen; man hat ihm vielmehr, wie Anstaltsinspektor Göbler berichtete, wegen des ersten und eines anderen Falles je 15 Tage strengen Arrest, wegen des zweiten Falles aber **30 Stockhiebe** verabfolgt. Doch damit nicht genug, stellte Oberbürgermeister Beutler auch noch Strafantrag wegen Sachbeschädigung. Bruno erhielt nun noch sechs Monate Gefängnis.

Oberverwaltungsgericht.

Z. **Eine Verwaltungsstreitsache zweier Armenverbände** beschäftigte am Sonnabend den 1. Senat des sächsischen Oberverwaltungsgerichts. Die aus Frau und zwei unmündigen Töchtern bestehende Familie des Handarbeiters Franz Gustav Rittelmann aus Meerane war bis zum Jahre 1895 wiederholt auf Kosten des dortigen Ortsarmenverbandes öffentlich unterstützt worden. Am 4. Dezember 1897 verließ R. seinen bisherigen Unterstützungswohnsitz, Meerane, ohne sich um seine Angehörigen zu kümmern, die nun gänzlich der öffentlichen Armenpflege anheimfielen. Im August 1900 brachte man Frau R. und ihre beiden Mädchen im städtischen Armenhause unter, indessen wurden die Kinder, als ihre Mutter bereits nach wenigen Wochen starb, in Familienpflege gegeben, wofür der Meeranet Ortsarmenverband jährlich 104 M. Pflegekosten zu zahlen hatte. Im ganzen hat der genannte Ortsarmenverband circa 118 M. dennoch Unkosten gehabt, die er nun von dem Landarmenverband für das Königreich Sachsen zurückfordert, da er behauptet, R. sei im Jahre 1900 in Meerane nicht mehr unterstützungsberechtigt gewesen. Da der Landarmenverband sich weigerte, wurde der Ortsarmenverband klagbar, indem er betonte, daß R. am 4. Dezember 1899, zwei Jahre nach Verlassen der Stadt Meerane, seinen Unterstützungswohnsitz daselbst verloren habe und als gewohnheitsmäßiger Landstreicher, der nirgends ständigen Aufenthalt nehme, für landarm zu betrachten sei. Die Kreishauptmannschaft wies indessen die Klage ab, worauf der Ortsarmenverband Berufung einlegte. Während der Landarmenverband darauf hinwies, daß R. in der Zwischenzeit wiederholt in Meerane gewesen sei und auf kurze Zeit auch dort gearbeitet habe, wurde von gegnerischer Seite angeführt, daß jener sich wohl vorübergehend dort aufgehalten, aber weder seine Familie besucht, noch sich polizeilich angemeldet habe. Das Oberverwaltungsgericht verurteilte den Landarmenverband unter Aufhebung der angegriffenen Entscheidung zur Zahlung des strittigen Betrages und zur Tragung sämtlicher Kosten, weil es aus der Beweiserhebung die Ueberzeugung gewann, daß R. zur fraglichen Zeit seinen Unterstützungswohnsitz in Meerane bereits eingebüßt hatte.

Dresdner Theater.

Montag den 9. März 1903.

Opernhaus. (Altstadt.) **Amelia oder Der Maskenball.** Oper in vier Akten, deutsch von J. C. Grünbaum. Musik von Giuseppe Verdi. Anfang halb 8 Uhr.

Dienstag: Sechstes Sinfonie-Konzert. (Serie A.)

Schauspielhaus. (Neustadt.) **Los vom Manne!** Schwank in drei Akten von Wilhelm Jacoby und Arthur Lippschitz. Anfang ½8 Uhr.

Dienstag: Monna Vanna.

Residenz-Theater. **Der Detektiv.** Schwank in vier Akten von E. Gettke und B. Leon. Anfang ½8 Uhr.

Dienstag: Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: Alte Wiener.

Victoria-Salon.

Der erste Humorist des deutschen Varietés **Otto Reutter**

und das **gänzlich neue** Programm.

Anfang ½8 Uhr. — Sonntags ½4 und ½8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr (Sonntags von 5 Uhr) an: „Piccolo Tesoro."

Central-Theater. Variété.

Täglich: Vorstellung.

Einlaß 7 Uhr. — Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen: Nachmittags halbe Preise. Einlaß 3 Uhr, Anf. ½4 Uhr. Abends ½8 Uhr gewöhnl. Preise.

Kommunale Praxis

Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus

Herausgeber: Dr. Albert Südekum
Verlag: Kaden & Comp., Dresden-N.
Fernsprechstelle: Nr. 4268. Preis pro Vierteljahr 1 Mark.